

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 104 - Oktober 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt
SPD-Parteitag
Seite 2 und 3
Birna
Seite 9
Sowjetunion:
Staat und Bürokratie
Seite 6 und 7

Die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl kam 1982 an die Macht und versprach großtönend, daß sie die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen werde. Sie versprach auch in ihren Wahlkampfpapieren, sich um die Schwachen und die Nicht-Organisierten, wie etwa die Rentner, kümmern zu wollen. Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen.

Beginnen wir mit den Rentnern: Für sie bringt die Steuerreform nichts als eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, weil Lebensmittel, Kleidung und Heizung durch höhere Verbrauchssteuern teurer werden. Steuerparadies können die Rentner dagegen nicht geltend machen.

Kommen wir zu den Arbeitslosen: Ihre Zahl liegt trotz aller statistischen Tricks weiterhin bei über zwei Millionen. Und die Kohl-Bangemann-Regierung tut nichts, diese Zahl zu verringern. Im Gegenteil, sie bekämpft mit allen Mitteln das Streben der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche. So hat Minister Zimmermann in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst lange versucht, die Arbeitszeitverkürzung zu verhindern. Für die Arbeitslosen wurden die Zeiten, für die ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, eingeschränkt.

Angriffe . . .

Nun zu den Beschäftigten: Immer mehr von ihnen sind in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt; sie haben nur Zeitverträge, sind sogenannte „freie Mitarbeiter“, oder müssen sich als Leiharbeiter verdingen. Dies ist das Ergebnis neuer Gesetze der Koalition („Heuern und Feuern“).

Doch damit nicht genug. Durch die Steuerreform fallen Freibeträge für die Arbeitnehmer weg und es werden die Nach- und Feiertagszuschläge besteuert. Außerdem möchte man am liebsten Maschinen und Arbeiter rund um die Uhr arbeiten lassen; deshalb

Letzt kommt das Hartdwörki

Bundesregierung wird immer dreister

Lockerung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen, wieder Samstagsarbeit und Verlängerung der Ladenschließzeiten. Und weil Angst und Streß die Arbeiter krank machen, denkt man über Karenztage und Teilkrankentriggung nach und beschneidet die Möglichkeiten, eine Kur zu machen. Und um innerbetrieblich leichteres Spiel zu haben, soll das Betriebsverfassungsgesetz geändert werden.

Auch viele Jugendliche finden keine Arbeit. Und dann wird noch an ihrer Ausbildung gespart (Streichung Schülerbafög, Studentenbafög nur noch als Darlehen, Lehrerarbeitslosigkeit), obwohl es dauernd heißt, daß nur eine gute Ausbildung einen Arbeitsplatz ermöglichte.

. . . über Angriffe

Doch damit nicht genug: Die Kohl-Regierung will mit der Teilprivatisierung der Post weiter die Taschen der Reichen füllen auf Kosten der Allgemeinheit und der Beschäftigten, denn für diese bleiben nur schlechtere Arbeitsbedingungen, eingeschränkte Leistungen und höhere Gebühren.

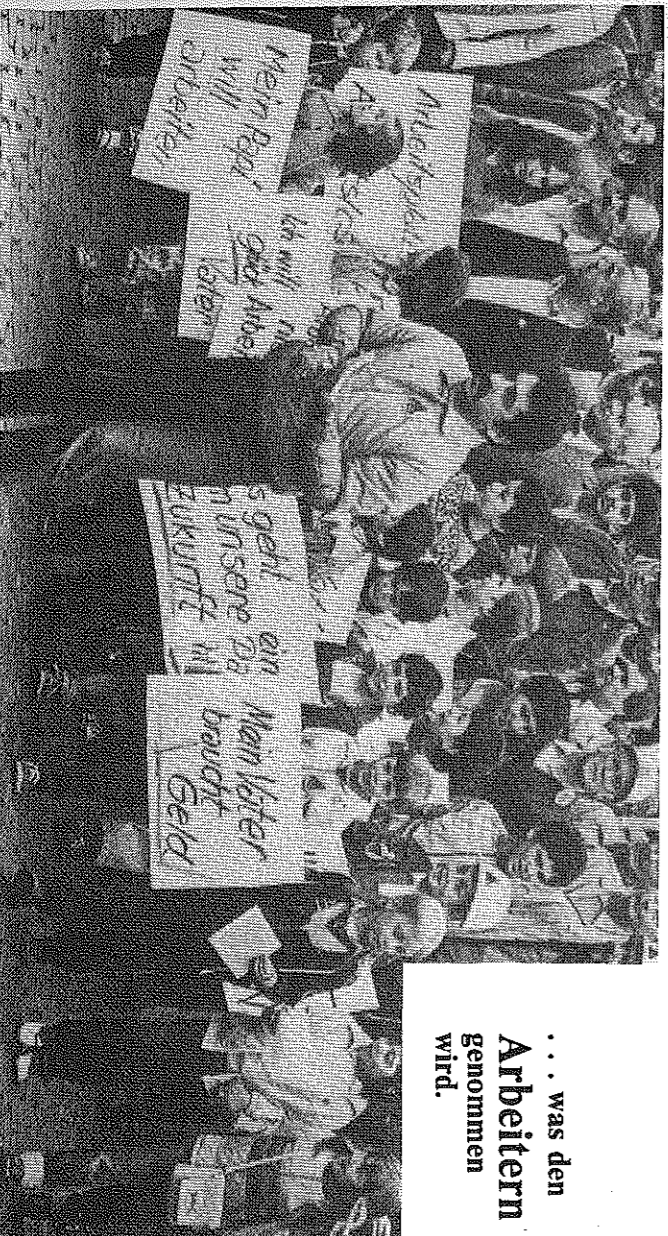
Man sieht ganz deutlich, daß die Bilanz der Kohl-Bangemann-Regierung nur lauten kann: Rissen-Geschenke für die Reichen, Verschlechterung der Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung. Solch eine Regierung können wir uns nicht mehr länger leisten. Sie muß weg, und zwar schnell!

Hartwig Schaal, Aachen
SPD- und ÖTV-Mitglied



Den Reichen wird gegeben, . . .

. . . was den Arbeitern genommen wird.



DGB-Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober Gemeinsam slegen statt einzeln verlieren!

Die Diskussionen und manchmal auch Auseinandersetzungen in der Koalition und die geplanten „Reformen“ im Gesundheitswesen, bei der Post usw. sind ein Ausdruck für die Angst der Herrschenden vor der starken Arbeiterklasse. Eine bürgerliche Regierung wird immer nur so stark sein, wie es die Arbeiterbewegung zuläßt.

Die Kohl-Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, den Lebensstandard der Arbeiter, der Frauen und der Jugend zugunsten des Kapitals zu drücken und, um den Widerstand zu brechen, politische und gewerkschaftliche Rechte abzubauen (Verschlechterungen beim Demonstrations- und Streikrecht).

Sie tastet sich dabei langsam vor. Aber je zögerlicher SPD- und Gewerkschaftsführung gegen die Kohlregierung mobilisieren, desto frecher wird die Regierung werden.

Kampfbereitschaft vorhanden

Die Zeit ist überreif, mit aller Macht gegen die Regierung auf die Straße zu gehen. Bei vielen Arbeitern ist die Kampfbereitschaft vorhanden. Dies hat die erfolgreiche Abstimmung unter den Kollegen der Bundespost gezeigt (s.S. 12), das zeigt die Stimmung während der Tarifrunden in der ersten Jahreshälfte, dies wurde auch durch den grandiosen Sieg der SPD in Schleswig-Holstein verdeutlicht.

1985 gingen gegen die Sozialpolitik 500.000 Kollegen auf die Straße, 1986 gegen den Angriff auf das Streikrecht schon eine Million - und dies während der Arbeitszeit. In diesem Herbst könnten es mehrere Millionen sein.

Für was kämpfen?

Im Herbst 1985 hörten wir von der Gewerkschaftsführung tagtäglich die Worte: „Wir kämpfen nicht für eine andere Regierung, sondern für eine andere Politik.“ Als könnte eine bürgerliche Regierung Arbeitspolitik betreiben. Viele Kollegen glauben (zurecht) nicht an den Erfolg dieser Strategie, die Kohl-Regierung blieb natürlich weiter dran und wir bekamen auch keine andere Politik.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

SPD-Parteitag in Münster: Krisenmanagement statt Offensive gegen Kohl und Kapital

„Sozialdemokratische Parteitage sind Meilensteine. Sie sind wie Scheinwerfer, die das Licht sammeln und es vorauswerfen auf den Weg, der vor uns liegt. Sie sind für uns alle Quellen der Kraft.“ Mit diesem Zitat eines Genossen der Widerstand- und Wiederaufbaugeneration Parteitag der SPD den diesjährigen Parteitag der SPD zu bewerten.

Leider ist der Parteitag in Münster diesem Anspruch nicht gerecht geworden. Ein deutlicher Hinweis sind die sinkenden Mitgliederzahlen. Beim Regierungswechsel 1982 hatte die SPD noch 926.070 Mitglieder. Ende 1987 waren es gerade noch 910.063. Gegenüber 1976 hat die SPD sogar fast 100.000 Mitglieder weniger. Und nur noch 20% der Mitglieder sind im Juso-Alter.

Quotierung

Die vom Parteitag beschlossene Quotierung wird bei vielen Frauen die Hoffnung erwecken, daß die SPD eine Benachteiligung der Frauen führt. Einige werden aus diesem Grund in die SPD eintreten. Da die Befreiung der Frau nicht davon abhängig ist, wieviele Frauen in den führenden Positionen der Partei und Gesellschaft sitzen, sondern vom Gesamtprogramm der Partei, ihrem Kampfwillen und ihrer Kampfkraft, ist der Münsteraner Parteitag ein Dämpfer für die Befreiung der Frau, der Jugend und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt. Dann dieser Parteitag bot keine grundsätzliche Alternative zur Politik der bürgerlichen Parteien.

Krisenmanagement

Anstatt den Parteitag zum Auftakt für den Kampf um eine baldmöglichste Beseitigung der CSU/CDU/FDP-Regierung zu nehmen, konzentrierte sich die Parteiführung darauf, Erwartungen an eine künftige SPD-Regierung zu dämpfen. Anstatt die kapitalistische Wirtschaft klar und deutlich als Verursacher

nicht investiert werden. Bereits im Aufschwung werden die bestehenden Kapazitäten nicht voll genutzt. Lafontaines Vorschläge von längeren Maschinenlaufzeiten, Ausdehnung der Sonntagsarbeit und Lohnsubventionen für Unternehmer im Falle der Arbeitszeiterkürzung über den Produktivitätsfortschritt waren lediglich die konsequente Weiterführung der Politik des kapitalistischen Krisenmanagements.

Gewerkschaftsflügel

Die Gewerkschaftsführer machen Front gegen Lafontaine. Die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschafts- und SPD-Führung ist die Vorwegnahme einer Konfrontation zwischen Gewerkschaften und einer künftigen SPD-Regierung, die da weitermacht, wo Schmidt aufgehört hat.

Daß es den Gewerkschaftsführern teilweise nur darum ging, sich in Worten vor ihrer Basis zu profilieren, zeigte sich besonders an Hermann Rappe. Auf dem SPD-Parteitag wertete er verhaltenmäßig gegen Lafontaine und weiterte sich, „in den Schulden Brunningscher Noverordnungspolitik mitzugehen“, um dann einige Tage später auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Chemie eine rechte Politik der Sozialpartnerschaft mit allen bürokratischen Mitteln gegen kritische Stimmen von der Basis durchzusetzen (siehe auch S. 11).

Der Parteitag widerspiegelte wiederum die Schwäche der Parteilinken bzw. das Nichtvorhandensein eines schlagkräftigen linken Flügels mit klaren programmatischen Aussagen.

Bei den Vorstandswahlen zeigte sich ein Trend weg von rechten hin zu eher linken Kandidaten. Apel und Glotz fielen durch. Lafontaine bekam für seinen Rechtsruck eine Quittung. Die Antragsfassung der Antragskommission zum Thema Tiefflügel wurde von den Parteidelegierten ver-

in Gestalt des Sozialistengesetzes nicht lange auf sich warten.

Repression

Nach dem Gesetz konnten unter Androhung hoher Strafen sozialdemokratische Vereine, Versammlungen, Schriften und Zeitungen verboten werden. Sozialdemokratischen Komiten



1878-1890 während des Sozialistengesetzes: Auf diesem Bild ist eine sozialdemokratische Versammlung mit Wilhelm Liebknecht zu sehen, die durch die Polizei aufgelöst wird.

partei sowie das Schreckgespenst der Pariser Kommune von 1871 ließen die „Rote Republik“ für die Kapitalisten und Staatsräger immer näher und bedrohlicher erscheinen. So ließ der Generalsekretär des Reichskanzler Bismarck

Sozialistengesetz vor 110 Jahren Der Sozialismus häßt sich nicht verbieten!

Vor 110 Jahren, im Oktober 1878, wurde vom deutschen Reichstag ein Beschluß gefaßt, der das politisch-organisatorische Leben der jungen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für die nächsten zwölf Jahre entscheidend prägte: das Sozialistengesetz. Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I., mit denen aber weder die Sozialdemokratie noch irgendein sozialistischer Arbeiter etwas zu tun hatte, wurden von Reichskanzler Bismarck zum Anlaß genommen, dieses „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ im Reichstag durchzusetzen.

Die Sozialdemokratie hatte sich erst 1875 in Gotha zu einer Partei vereinigt. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter wurde durch die Einheit gestärkt und der Einfluß der Sozialdemokratie wuchs: Bei den Wahlen im Januar 1878 erhielt sie über 9% der Stimmen.

Die schnell fortschreitende Industrialisierung erforderte Massen von Arbeitkräften aller Art, die vom Land in die Städte wanderten. Die siebziger Jahre waren gekennzeichnet durch Wellen von Streiks, die immer offensiver geführt wurden und an denen immer mehr Arbeiter beteiligt waren. Die Streikaktionen forderten Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, den Zehnstunden-Tag und freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb. Während diese Streiks von den Unternehmern als „Seuche“, „Eitergeschwür“, oder „sozialer Krieg“ bezeichnet wurden, förderten sie unter den Arbeitern das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Willen zu Gewerkschaftsgründungen. Die freien, d.h. sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften standen 1878 unmittelbar vor dem Versuch, Beschlüsse über Vereinigung und Zentralisierung der verschiedenen Organisationen zu verabschieden. All diese Streikaktivitäten, Gewerkschaftsgründungen, die Wahlerfolge der vereinigten Arbeiter-

und viele in die Emigration gezwungen. Besonders zermürbend war dabei die rücksichtslose Ausweisungspraxis der Behörden, die ganze Familien auseinanderriß.

Die einzige Möglichkeit zur legalen politischen Aktivität blieb die Beteiligung von Einzelpersonen als Kandidaten zu den Wahlen und die Arbeit der Fraktion.

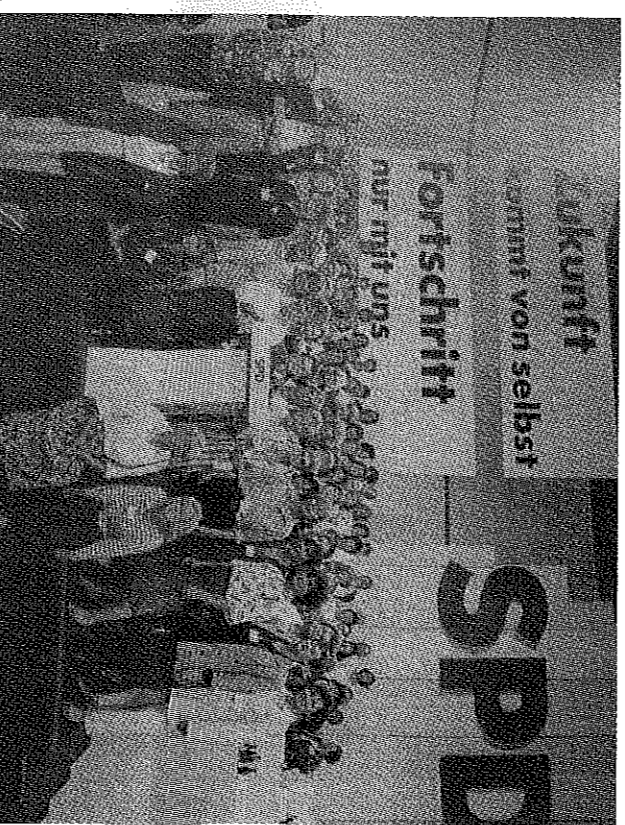
Nach der Verabschiedung des Gesetzes geben die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in einer ersten Phase des Schocks und der Verwirrung ein Flugblatt heraus, in dem es heißt: „Laßt Euch nicht provozieren ... An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen.“

Dann jedoch bildete sich in der Illegalität langsam wieder ein organisierter Zusammenhang heraus. Diese Organisation war nach außen getarnt durch Geselligkeitsvereine, Hilfs- und Sberbekassen, Bildungsrichtungen o.ä.

Rolle der Zeitung

Eine besonders wichtige Funktion hatte die von der Schweiz aus illegal verbreitete Partzeitung „Der Sozialdemokrat“, die in ständiger Diskussion mit Marx und Engels stand.

Die Redaktion des illegalen Zentralorgans arbeitete auch systematisch mit den besten Köpfen der Reichstagsfraktion zusammen und bildete so nicht nur eine organisatorische Verbindung, sondern auch eine politische Führung. So konnten den Parteiliedern der notwendige Durchhaltewillen vermittelt werden. Durch die Erfahrung des Sozialistengesetzes wurde von vielen die vorher positive Einstellung zum Staat als unrealistisch erkannt und die Erkämpfung einer so-



Weibliche Delegierte auf dem SPD-Parteitag. Während der Kampf gegen die CDU-Politik so engagiert geführt werden wie für die Quote, waren Kohl und Kahnherr schon weg vom Fenster.

zialistischen Gesellschaft durch die proletarische Revolution als unabwendbar angesehen. Bei den Wahlen konnten mit 1.427.000 Stimmen 1890 (gegenüber 763.000 im Jahr 1878) enorme Gewinne verzeichnet werden.

Als Bismarck, um den Unmut der Arbeiter zu dämpfen, Sozialgesetze verabschiedete, konnten die als „Fachvereine“ getarnten Gewerk-

schaften durch legale Veranstaltungen Arbeiterrückmeldung betreiben und das Bewußtsein für die eigene Interessenvertretung schärfen. Angeheizt durch Streikaktivitäten, die seit 1880 wieder vermehrt stattfanden, stieg der Mitgliederstand von 56.000 (1878) auf 300.000 (1890). Als im Frühjahr 1889 eine gewaltige Streikwelle das deutsche Reich erschütterte und ihren Höhepunkt in einem Massenstreik der Bergarbeiter mit 90%iger Beteiligung fand, war eigentlich der ganzen Welt das Scheitern des Sozialistengesetzes vor Augen geführt. Das Zerbrechen der deutschen Arbeiterbewegung noch in ihren Anfängen war mißlungen.

Im Januar 1890 wurde einer erneuten Verlängerung des Gesetzes wegen Streitigkeiten zwischen Nationalliberalen und Konservativen nicht mehr zugestimmt. So hatte die deutsche Arbeiterklasse mit dem Sieg über Bismarck und über das Sozialistengesetz bewiesen, daß nichts ihren gewaltigen Vormarsch aufhalten konnte. Die SPD war von einer kleinen Gruppe zur politischen Massenorganisation, zur angesehensten und einflussreichsten Partei der internationalen Arbeiterbewegung geworden.

Mechthild Stark, Göttingen
JungsozialistIn

Lärm, Unfälle, Tote

Schulur mit dem Tieffliegerterror!

Wöchentlich hört man alles mögliche von den Nato-Luftstreitkräften - nur nichts Gutes. Sei es die vermeidbare Katastrophe von Ramstein, der Tieffliegerterror, Menschenleben fordern Abstürze oder die geplante 100-Milliarden-Verschwendung für den Jäger 90.

Kapital und Kabinett sagen, dies ist nötig, um unsere Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Für diese wehrhafte Demokratie werden zum Beispiel in Tieffliegergebieten lebende Schichtarbeiter und Kinder um ihren friedlichen Schlaf gebracht.

Doch nicht genug. Einen dritten Weltkrieg mit dem unausweichlichen atomaren Inferno scheinen die Militärs nicht abwarten zu können. So stürze eine französische Mirage Anfang April drei Flugsekunden entfernt von den Atommeilern Ohu I und II ab. Wenig später flog ein amerikanischer F 16 Bomber in ein bewohntes Haus. 10 km weiter wäre er im AKW Phillipsburg gelandet.

Abstürze

Bei einem Treffer steht uns nach Meinung von Kernphysikern eine atomare Katastrophe ins Haus, die Tschernobyl in den Scharten stellen würde. Seit 1980 stürzten 180 Militärmaschinen in der BRD ab, des öfteren auf bewohnte Häuser oder befahrene Straßen - Anfang September einige hundert Meter von einem Sportplatz entfernt, auf dem Hunderte von Kindern an Bundesjugendspielen teilnahmen, wieder ein Absturz.

Zivildienstleistende Lückenfüller ohne Rechte

Zivildienstleistende in Krankenhäusern arbeiten oft genauso hart wie fest angestellte Arbeiter. Viele Krankenhäuser bauen sogar feste Krankenschwestern ab, um deren Tätigkeit von dazu nicht ausgebildeten Kräften wie ZDL'ern verrichten zu lassen. Zur Situation der Zivildienstleistenden ein Erfahrungsbereich:

Mein Tag beginnt morgens um 4.30 Uhr. Aufstehen und kurz Frischmachen, danach ist noch Zeit für ein kurzes Frühstück, denn wer bekommt um diese Zeit schon etwas zu Essen runter. Um 5.20 fahre ich mit dem Bus zur Klinik, meiner Dienststelle. Der Dienst beginnt um 6.00 Uhr mit der Stationsübergabe, die etwa eine halbe Stunde dauert und mir die Möglichkeit gibt, noch schnell eine Tasse Tee zu trinken. Es kostet Überwindung, sich nicht in seinem Stuhl zurückzulehnen und noch ein kleines Nickerchen zu machen.

Nach Beendigung der Übergabe geht's auf zur ersten Runde. Für mich heißt das zunächst einmal die in der Nacht verschmutzten Absaugläser zu reinigen und auszuwechseln, wobei einem oft ganz anders wird bei dem Geruch, der einem entgegen dringt. Die Reinigung erfolgt inzwischen maschinell und es bleibt mir somit erspart, allzuviel Formaldehyd einzatmen, das leider noch allzuoft als Reinigungs- und Desinfektionsmittel in Krankenhäusern eingesetzt wird, obwohl es schon gleichwertige formaldehydfreie Alternativen gibt, die allerdings etwas kostintensiver sind.

Beatmungsgeräte, die während der Nacht und des vorherigen Tages eingesetzt wurden, müssen ebenfalls von mir gereinigt werden. Eine Aufgabe, die wie viele andere auch eigentlich nicht von ZDL'ern ausgeführt werden darf und bei der ich mich im Prinzip strafbar mache. Aber wie so oft sieht die Realität anders aus, als es den Buchstaben des Gesetzes nach zu sein

Nicht alle defekten Maschinen stürzen sofort ab, wenn sie der Pilot verlassen hat. Eine französische Mirage landete unbemannt im Boden, nachdem der Pilot die Maschine 300 km vorher bei Bonn verlassen hatte. Wieviel Chemiewalagen, Großstädte und AKW's mag die Maschine überflogen haben?

Widerstand

In der Bevölkerung, sogar in der Bundeswehr, regt sich der Widerstand. Die Flieger des Marinegeschwaders Eggebeck (Schleswig-Holstein) weigerten sich im September, in den „Witwenmacher“ Tomado zu steigen, nachdem erneut zwei Kollegen eine Tiefflugstunde mit dem Leben bezahlen mußten.

Kriegsminister Scholz versucht den Druck damit abzuwehren, indem er die Tieffliegergebiete rotieren lassen will. Jedem seinen Tiefflug, SPD und Jusos müssen für ein Tiefflugverbot eintreten. Die ÖTV z.B. kann dieser Forderung Nachdruck verleihen, wenn sie das von ihr organisierte Bodenpersonal der Nato-Luftstreitkräfte mobilisiert und notfalls streiken läßt.

Frank Habermann, Köln
Jungsozialist

Anschließend heißt es Frühstück für die Belegschaft einkaufen - auch eine der wichtigsten Aufgaben von vielen ZDL'ern. Nach einer Stunde Frühstückspause geht der Tag mit Botengängen und Handreichungen auf der Station weiter, wobei es oft zu erheblichem Stress und anderen Belastungen kommt. Mal ehrlich, wer von Euch hat denn schon mal daneben gestanden, wenn ein Mensch stirbt, oder mußte mit einem Menschen reden, der gerade erfahren hat, daß er unheilbar an Krebs erkrankt ist, vor allen Dingen, wenn dieser Mensch dann auch noch in Eurem Alter ist? Was soll man einem dann sagen, denn vorbereitet auf solche Situationen wird man nicht und ausgebildet dafür ist man auch nicht, schließlich ist man keine Volkkraft, sondern eigentlich nur eine Viertel-Stelle.

Mehr Rechte!

Diese Viertel-Stelle wird jedoch liebend gerne dazu genutzt, die Lücken in der Personaldecke im Gesundheitswesen und anderswo zu stopfen. Somit ist man dann Lückenfüller, aber ohne die Rechte und die Bezahlung eines Arbeiters in diesem Bereich.

Schichtende ist gegen 14.30 Uhr. Der Heimweg wird wieder per Bus bewältigt. Zuhause angekommen bin ich dann meist zu müde, um noch groß etwas aus dem Tag zu machen. Obwohl meine nächste Schicht erst um 13.30 Uhr am nächsten Tag beginnt, bin ich viel zu erschlagen, da ich gestern erst um 22.00 Uhr Dienstschluss hatte und somit erst um 23.00 Uhr zu Hause angekommen bin.

Aber eventuell werde ich mich noch mit einem Freund treffen, einem der wenigen, der Verständnis für meinen Wechselschichtdienst hat und dessen Freundschaft dadurch nicht zerstört wurde, da auch er zur industriellen Reservearmee der ZDL'er gehört. Wir wollen endlich volle gewerkschaftliche Rechte!

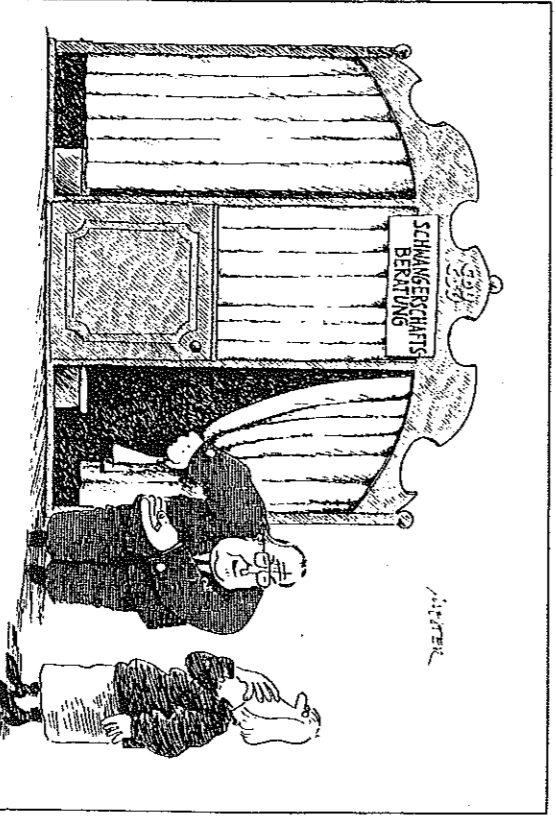
Detlev Coras, Hamburg

CDU-Angriffe auf Frauen Weg mit Beratungs-gesetz und § 218!

Die Familienpolitik, der gemeinsame Stolz von CDU, CSU und FDP, bedeutet für viele Frauen Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen. 1976 wurde vom Bundestag der Abtreibungsparagraf 218, das sogenannte Indikationsmodell verabschiedet. Er beinhaltet, daß Frauen innerhalb der ersten drei Monate eine Schwangerschaft abtreiben dürfen, wenn das Leben der Frau durch die Geburt gefährdet wird, oder wenn abzusehen ist, daß das Kind nach der Geburt behindert sein wird. Weiterhin ist eine Abtreibung nach dem § 218 legal, wenn die Frau vergewaltigt wurde oder sich aus sozialen Gründen für eine Abtreibung entscheidet und dies von einem Arzt anerkannt wird. Mit dem neuen geplanten Beratungsgesetz soll die Abtreibung aus sozialen Gründen wesentlich erschwert werden.

Der Gesetzesentwurf sieht vor: - Die Beratungsstellen, zu denen die Frauen, die aus sozialen Gründen abtreiben lassen wollen, gehen müssen, werden nur noch anerkannt und finanziert, wenn sie „zugunsten des Lebens“ beraten.

- Auch Ärzte, die künftig zusätzlich konsultiert werden müssen, wenn eine soziale Indikation vorgenommen werden soll, sind verpflichtet, „zugunsten des Lebens“ zu beraten.



Kostenlos und unverbindlich

- Alle Berater und Beraterinnen einschließlich der Ärzte müssen regelmäßig an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen. - Das soziale Umfeld der Schwangeren, z.B. Eltern oder Arbeitgeber, können künftig auch in die Beratung einbezogen werden.

In Baden-Württemberg und Bayern, wo das Beratungsgesetz bereits Realität ist, wird es immer schwieriger, überhaupt eine Klinik zu finden, die einen Abbruch durchführt, denn die regelmäßigen Fortbildungen sind natürlich eine Belastung für die Ärzte.

In München ging seit 1982 die Anzahl der Abtreibungen stark zurück. Das bedeutet allerdings nur, daß die Frauen, die es sich nicht leisten können, nach Hessen, Bremen oder NRW gehen.

Plüschern die Gesundheit zerstört zu bekommen. In Bayern müssen sich unter den schärfsten Bedingungen heute schon ärmere Frauen einem unwürdigen Spießrutenlaufen unterziehen.

Ausschlaggebend: soziale Situation

Schon im dritten Reich, wo auf Abtreibung die Todesstrafe stand, konnte man sehen, daß mit Gesetzen Abtreibungen nicht verhindert werden, sondern Frauen einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt werden. Man muß eher bei den Lebensbedingungen beginnen, um wirklich etwas gegen die hohe Zahl der Abtreibungen zu unternehmen.

Heiner Geißler kann es sich zwar

Kerstin Käfer, Stuttgart

Wie Fußballrandale verhindern?

Sozialistische Perspektive Stattdemoralisierende Appelle!

„Wenn man die ungeheure Fülle an Feindseligkeiten, die es gegenwärtig auf der Welt gibt, erweitern wollte, könnte man dies kaum besser tun, als durch eine Reihe von Fußballspielen zwischen Juden und Arabern, Deutschen und Tschechen, Indern und Briten, Russen und Polen, Italienern und Jugoslaven, wobei jedes Spiel von einem gemischten Publikum von 100.000 Zuschauern verfolgt werden sollte.“

George Orwell schrieb diesen Satz 1945 in einem Artikel, in dem er sich mit dem Problem der Gewalttätigkeit von Fußballfans auseinandersetzte. Das Problem besteht heute fort, allerdings in wesentlich verschärfter Form. Während in den 50er, 60er und 70er

Jahren Fußballgewalt beinahe verschwinden war, oder zumindest sehr begrenzt auftrat, ist sie in den 80er Jahren in ihrer brutalisten Form aufstanden.

Wer kann sich nicht an die Tragödie im Brüsseler Heysel-Stadion erinnern,

als Dutzende Fans während Ausschreitungen im Stadion getötet wurden? Die EM '88 in der BRD war von der Randalen brutaler Fans geradezu geprägt. 1200 Randalierer wurden im Zusammenhang mit der EM '88 von der Polizei festgenommen. Sachschaden von mehreren Hunderttausend Mark wurde vor allem in Düsseldorf und in Hamburg verursacht.

In der bürgerlichen Presse wurde das „Phänomen“ Fußballgewalt wiederholt aufgegriffen. Auch der eine oder andere Politiker hat sich zu Äu-

ßerungen hinreißen lassen. Alle beklaugen sie die brutale, unmenschliche Gewalt und begnügten sich mit Appellen an die Menschlichkeit.

Ursache: die bürgerliche Gesellschaft

Dabei sind es auch gerade diese Politiker, die verantwortlich sind für die Gewalt. Sie schaffen den Boden, auf dem die Brutalität dieser Gesellschaft wächst. Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Perspektivlosigkeit kennzeichnen die Lebenssituation von großen Teilen der Jugend.

Es ist kein Zufall, daß die brutalsten und größten Hooligangruppen in Regionen zu finden sind, in denen die sozialen Umstände am hoffnungslosesten sind, wie im Ruhrgebiet. Dasselbe gilt im internationalen Maßstab. Die Gewalttätigkeit der britischen Hooligans ist eine Widerspiegelung der maßlosen Brutalität der Thatcher-Regierung, die in Großbritannien katastrophale soziale Verhältnisse für die Arbeiterjugend geschaffen hat. Wenn Margaret Thatcher jetzt gewalttätige Fußballfans als Tiere und Bestien bezeichnet, gipfelt dies in maßlosem Zynismus.

Die gewalttätigen Ausschreitungen sind Kennzeichen des Verfalls der bürgerlichen Ordnung. Aber sie stellen zum Teil auch eine Gefahr für die Arbeiterbewegung dar. Mehrfach wurden von Neonazis Versuche unternommen, auf militante Fangruppen Einfluß zu nehmen. Bisher blieb sie ohne nennenswerten Erfolg. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß Neonazis aus diesem Bereich in Zukunft verstärkt rekrutieren können.

Arbeiterbewegung

Hier rächt sich auch die Politik der SPD- und DGB-Führungen. Abgesehen davon, daß sie durch ihre Politik bisher unfähig waren, diesen Teile der Jugend eine Perspektive zu bieten haben sie es versäumt, nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeitersportbewegungen wieder aufzubauen. Die Arbeiter Republik unter anderem arbeitslos und verarmte Jugendliche organisiert und damit an die politische Arbeiterbewegung gebunden. Dies war natürlich kein Ersatz für eine richtig Politik und konnte letzten Endes nicht den Faschismus aufhalten. Die Vereinen waren oft aber ein Sprungbrett für junge Arbeiter in die Arbeiterorganisationen. Heute darf die Arbeiterbewegung nicht zulassen, daß Jugendliche von Neonazis eingeholt werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Lebensbedingungen so verbessert werden, daß Jugendliche mit ihrem Frust erst gar nicht in Gewalttätigkeiten abrutschen. Wir müssen die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung aufzeigen und damit die Perspektivlosigkeit beenden.

Boris Kanzleiter, Stuttgart
Jungsozialist

Veranstaltung für das Aachener Revier Jungsozialisten Werden aktiv

Die Zeche „Emil Mayrisch“ vom Eschweiler Bergwerksverein (EBV) soll bis 1992 geschlossen werden. Dabei stehen direkt 8000 Entlassungen an. Auch bei der Zeche „Sophia Jacoba“ steht es dieser aus. Dort soll die Belegschaft 1988/89 um 500 Mann reduziert werden.

Natürlich werde für soziale Absicherung gesorgt, wurde vom Vorstand versichert: durch frühzeitige Pensionierung, Ersatzarbeitsplätze und Übernahme von 2500 Kollegen in die Ruhrkohle AG (RAG). Doch wie lange wird die RAG diese Arbeitsplätze sichern können, wenn sie selber ihre Förderung um 10 Mio. Tonnen Kohle jährlich drosseln will, und woher kommen Ersatzarbeitsplätze?

Die Zukunft der Region sieht düster aus, daher organisiert die Jusos Bezirksk Mittelrhein, der DGB-Kreisjugendausschuß, die Falken und der Kreisjugendring Aachen am 17.9.88 eine Veranstaltung zum Thema „Die Zukunft und die Region gehören uns!“ Leider beteiligte sich die IGBE-Jugend nicht an der Veranstaltung.

Um 13.30 Uhr fing das Programm nach der Begrüßung mit einer Talkshow mit betroffenen Jugendlichen an. Keiner war mit der heutigen Situation zufrieden oder war überzeugt von

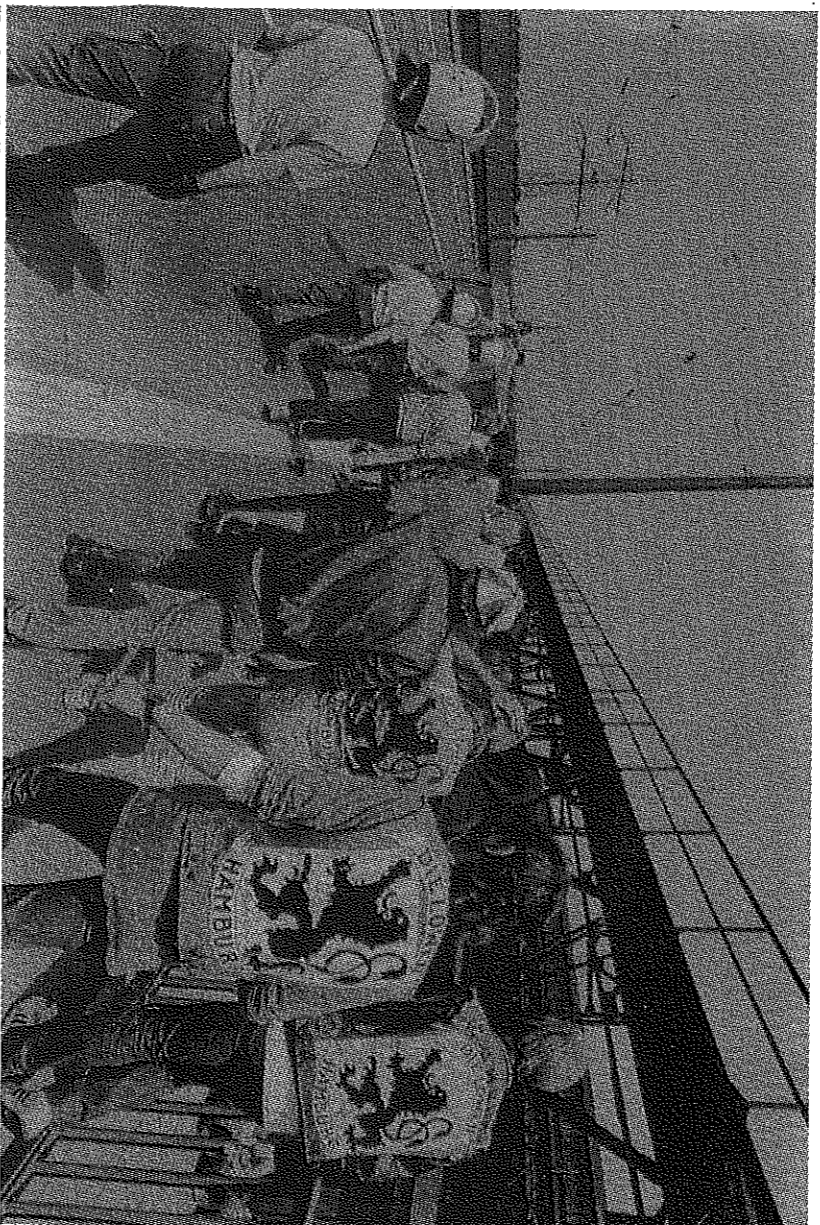
rosigen Perspektiven. Zum Beispiel meinte ein Azubi vom EBV zu den versprochenen Lösungen: „Es gibt in dem Sinne keine Sozialverträglichkeit für Jugendliche.“ Höhepunkt waren vier Foren, auf die sich die ca. 80 Anwesenden verteilten.

In die Offensive gehen

Es ging dort um Beschäftigungspolitik in der Region, Zukunft, Jugend-situation, und welche Rolle die Hochschule spielen kann. Leider wurde schon von der Zecheenschließung ausgegangen und nicht nach einer Möglichkeit gesucht, sie zu verhindern! Später wurde eine gemeinsame Resolution verabschiedet, die u.a. enthält:

- Erhalt aller Arbeitsplätze;
 - wer nicht ausbilden, soll zahlen;
 - Offenlegung der Geschäftsbücher;
 - Erhalt der Zeche Sophia Jacoba u.a.m.
- Diese Resolution wurde auch in der Lokalzeitung veröffentlicht. Alle Teilnehmer waren sich einig, daß dies nur der Anfang von weiteren Veranstaltungen und Aktionen sein kann. Die Zukunft der Region muß offensiv verteidigt werden!

Miriam Alberti
Juso-Schülergruppe Aachen



Hamburger Fußballfans auf dem Weg zum Schalker Stadion in Gelsenkirchen.

Internationale Solidarität Kampagne: Freiheit für Machmoud Masawri

Wovor hat Israels Regierung Angst?

Der 48jährige israelische Staatsbürger, aktive Gewerkschafter und Sozialist Machmoud Masawri wird nach wie vor von den israelischen Behörden festgehalten. Ausgerechnet ein erfahrener Kollege, der in gemeinsamen Kämpfen von jüdischen und arabischen Arbeitern wesentlich mitgewirkt hat, wird beschuldigt, Terrorakte gegen den israelischen Staat geplant zu haben.

Machmoud ist nicht das einzige Opfer staatlicher Unterdrückung in Israel. Derzeit werden über 10.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen festgehalten; seit Beginn des Palästinenser-Aufstands „Intifadah“ im letzten Jahr sind 265 Palästinenser getötet worden. Doch Machmouds Fall, der inzwischen weltweit bekannt geworden ist, zeigt, wie die Regierung in Jerusalem eine wirkliche Arbeitereinheit noch mehr fürchtet als den fruchtlosen individuellen Terrorismus von Tellen der PLO.

Wie sonst ließe sich erklären, daß Verteidigungsminister Rabin persönlich eingriff, um Machmouds Anwalt André Rosenthal von der Wahrnehmung seiner Aufgaben auszuschließen und eine allgemeine Nachrichtensperre zu verhängen. Wenn die Behauptung wahr wäre, daß Machmoud ein kleiner Bombenleger und Brandstifter sei, warum mischt sich dann der Verteidigungsminister persönlich ein? Wir sind der

Überzeugung, daß der israelische Staat hier dem Beispiel der mit ihm befreundeten Regimes in Chile und Südafrika folgt und Machmoud Masawri wegen seiner politischen Ansichten festhält.

Große Resonanz, aber erst der Anfang

Die Mitte August angelaufenen internationalen Solidaritätsmaßnahmen für Machmoud in der internationalen Arbeiterbewegung. (vgl. VORAN Nr. 103) haben sich in den letzten Wochen weiter ausbreitet. Von den USA bis Australien, von Griechenland bis Schweden haben Gewerkschaften und prominente Vertreter der Arbeiterbewegung sich dem Appell für die Freilassung Machmouds angeschlossen. In der BRD haben bislang die SPD-Vorstandsmitglieder Heidemann, Wiczorek-Zeul und Henning Scherf sowie der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, bei der israelischen Botschaft Anträge eingereicht. Zehn Labour-Abgeordnete des britischen Parlaments sowie Abgeordnete des Europa-Parlaments aus England und Belgien haben sich der Solidaritätskampagne angeschlossen. Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfuhren, plant die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament die Entsendung einer De-

legation nach Israel noch im Monat Oktober. Nachdem Machmoud inzwischen in den Hungerstreik getreten ist, ist Solidarität jetzt dringender denn je. Die Kampagne „Freiheit für Machmoud Masawri“ fordert alle Unterzeichner der Arbeiterbewegung auf: Schließt Euch der Kampagne an. Zeigt durch Briefe und Anrufe an die israelische Botschaft, daß Ihr unsere Forderungen unterstützt:

- Das Recht Machmoud Masawris auf freie Wahl eines Anwalts.
 - Kein Geheim-Prozess! Ungleichere Berichterstattung durch die Medien!
 - Veröffentlichung der Anlagepunkte gegen Machmoud Masawri!
 - Beweise für die Anlagepunkte oder Rücknahme der Anklage!
 - Sofortige Freilassung Machmoud Masawris!
 - Anschrift der israelischen Botschaft: Simrockallee 2, 5300 Bonn 2, Telefon 0228/8231
- Sammelt Spenden für die Solidaritätskampagne und sendet das Geld in bar (kleine Beträge) V-Schecks oder Briefmarken an die folgende Adresse:

Kampagne „Freiheit Machmoud Masawri“, c/o Andreas Paque, Lessingstraße 13, 5000 Köln 30, Telefon 0221/554184. Dort können auch Flugblätter der Kampagne gegen geringen Unkostenbeitrag angefordert werden.



Die Diskussionsveranstaltung zum Aachener Revier soll für die Jusos erst der Anfang einer Reihe von Aktivitäten sein.

Sowjetunion: Staat

Seit Monaten steht die Entwicklung in der UdSSR im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Und tatsächlich scheint sich Unglaubliches abzuspielden.

Da fordert ein Republikpartei-Öffentlich den Rücktritt des Staatsobchauptes Gromyko, ein anderer den „Tod aller Bürokraten“. In einer bisher unvorstellbaren Offenheit wird über Korruption, Mißwirtschaft, Unfähigkeit der „Leitungskader“ berichtet.

Endlich, so scheint es, reißt der „real existierende Sozialismus“ seine bürokratische, menschenverachtende Schreckensmaske ab, endlich zeigt sich darunter ein Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“. Steht nicht in den Thesen zur Parteikonferenz: „Das Ziel der Umgestaltung besteht darin, das humanistische Wesen und die schöpferische Kraft des Sozialismus in vollem Maße zu entfalten“, fordert nicht die Resolution dieser Konferenz eine „... wirksame Offensive gegen den Bürokratismus und gegen seine abstoßende Erscheinung ...“?

Handelt es sich hier um einen Versuch der Bürokratie, sich selbst wegzureformieren? Gibt es diesen leichten Weg, eine Abkürzung zum Sozialismus?

Der „Kampf gegen den Bürokratismus“ nimmt in Gorbatschows Reformprogramm eine zentrale Rolle ein. Die Bürokratie wird als der Verursacher der Stagnation unter Breschnew erkannt.

„Bürokratische Einstellung... sind dem Sozialismus als dem lebendigen Schöpferturn der Massen feind“, heißt es in der Resolution.

Soweit kann man Gorbatschow nur zustimmen. Was ist allerdings Bürokratismus und Bürokratie? Und wieso nur unter Breschnew?

Nach Gorbatschow handelt es sich dabei um eine Art Fehlverhalten eines Teils des Apparats in Partei, Staat und Gesellschaft – Willkür, Ignoranz, Konservatismus usw. Der „Kampf gegen den Bürokratismus“ wird also zum Kampf gegen den Amtsstimmeln. Reichlich das nun aus, um die Stagnation, die Korruption, die tiefe Krise der UdSSR zu erklären, ist es nur die Frage einzelner falscher Methoden und Personen in der Administration?

Oktoberrevolution

Um beurteilen zu können, ob das den Charakter der Bürokratie wirklich ausreichend kennzeichnet, ist es notwendig, auf die grundlegenden Probleme bei der Entwicklung der UdSSR einzugehen. Mit der Oktoberrevolution 1917 brach die imperialistische Kette, nach Lenin, an ihrem schwächsten Glied. Die erste erfolgreiche sozialistische Revolution wurde nicht in einem entwickelten bürgerlichen Staat errungen, sondern vielmehr in einem rückwärtigen, halbfeudalen Reich. Die Bourgeoisie mußte nicht hinweggefegt werden, weil sie ihre Schuldigkeit getan hat. Eine proletarische Revolution war im zaristischen Rußland aus ganz anderen Gründen notwendig. Die nationale Bourgeoisie Rußlands, verquiekt mit dem Feudaladel und dem internationalen Kapital, war viel zu schwach, um die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen. Nur durch eine proletarische Revolution konnte die Monarchie, der Großgrundbesitz beseitigt, die fast noch leibigen Bauern befreit und eine industrielle Basis aufgebaut werden. Die Revolution fand also nicht statt, weil Rußland „reif“ für den Sozialismus war, sondern weil der Kapitalismus absolut unfähig war, die Gesellschaft aus Despotie und Unterentwicklung zu führen.

70% der russischen Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben, 80% lebten auf dem Land, das Proletariat machte gerade 10% aus. Durch korrekte Perspektiven, Strategie und ein korrektes Programm gelang es den Bolschewisten nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch, mit der Forderung nach einer radikalen Landreform, die Bauernmassen hinter sich zu scharen.

Bürgerkrieg und Hunger

Zum ersten Mal war nun die Arbeiterklasse, gestützt auf die armen Bauernmassen, an der Macht. Durch das Räteregime (die Sowjets) existierte eine gewisse Zeit die demokratischste Ordnung, die es je gab. Alle bürgerlichen Parteien, bis auf die faschistischen „Schwarzen Hundert“, konnten sich frei organisieren, solange sie nicht zum bewaffneten Kampf gegen den jungen

aus der Zuspitzung der Grundwiderstände im entwickelten Kapitalismus ergibt. Zwingend insofern, als daß er die einzige Möglichkeit ist, diese Grundwiderstände aufzuheben und somit der Gesellschaft eine Weiterentwicklung zu ermöglichen. Erreichbar ist dies allerdings nur durch die bewußte Aktion des Proletariats, nicht durch sich zwangsläufig einstellendes Schicksal. Der Aufbau des Sozialismus hat einen durch den Kapitalismus entwickelten hohen Stand der Produktivkräfte zur Voraussetzung. Wir sahen aber, daß das russische Volk nicht warten konnte, bis die Bourgeoisie genügend diesen Stand der Produktivkräfte erreicht. Die allgemeine Not zwang sie genauso wie heute die Massen in den exkolonialen Ländern zur Revolution.

Die Bourgeoisie war, durch ihr spätes Auftreten auf dem Weltmarkt, nicht in der Lage, Unabhängigkeit von Adel und Imperialismus durchzusetzen. Sie spielte von Anfang an keine progressive, sondern vielmehr eine konterrevolutionäre Rolle. Nur die Machtergreifung der Arbeiterklasse ermöglichte es, die Industrie und Agrarwirtschaft entscheidend weiterzuentwickeln. „Anwendung



1922 bot Lenin Trotzki einen Block gegen Stalin an (beide in der Bildmitte während einer Demonstration 1919).

Der Imperialismus war gegen Ende 1920 militärisch besiegt. Nun betrat allerdings mit aller Macht ein wesentlich gefährlicherer Feind die Bühne des Geschehens – ein Feind, der die eigentliche Bedrohung der Sowjetmacht werden sollte: die Unterentwicklung, Rückständigkeit der russischen Gesellschaft auf allen Ebenen. Die Folgen des Bürgerkrieges taten ihr übriges dazu.

Die Wirtschaft war völlig am Boden zerstört. 1921 konnte nur noch ein Drittel der Vorkriegsproduktion erreicht werden. Besonders drastisch war der Fall in der Lebensmittelproduktion. Millionen Menschen mußten verhungern. Das Elend hatte solche Ausmaße angenommen, daß einige Fälle von Kanibalismus bekannt wurden, also ein Rückfall in die Barbarei und Steinzeit. Wie sollte sich unter solchen Umständen der Sozialismus entwickeln? Wie sollte die junge Arbeiterdemokratie mit dieser Not fertig werden?

Wir können nun zum Kernproblem der UdSSR in den ersten Jahren ihres Bestehens, zu der Ursache der späteren Entwicklung bis zum heutigen Tag, Karl Marx große Leistung bestand darin, nachzuweisen, daß der Sozialismus

drückung, ein „Saat“ ist noch notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstadium, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache ...“ D.h., es existiert für eine Übergangszeit noch ein Klassenstaat, allerdings mit einem ganzlich neuen Charakter, ein Staat, der im Begriff ist, abzusterben. Der Arbeiterstaat hat aber noch eine weitere, wesentlichere Aufgabe, nämlich die Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

Produktivkräfte

Der Kapitalismus hat zwar die Produktionsmittel auf ein nie dagewesenes Niveau gebracht, aber von einem „standig vorhandenem Überfluß an Lebensmitteln“ kann noch nicht die Rede sein. Dies zu erreichen bleibt dem Sozialismus, erst recht auf Weltbene, überlassen. Erst wenn die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise gesprengt, Privateigentum und Nationalstaat beseitigt sind, können die Produktivkräfte dieses Niveau erlangen. Doch wie kann dieses Ziel erreicht werden, wie wird die Ver-

teilung der Waren und der Arbeit organisieren? Marx benutzte ein sehr gutes Bild, als er über die Entstehung einer neuen Gesellschaftsform schrieb. Sie ist „... in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch befangen mit den Mutter-

Muttermale der alten Gesellschaft

Erinnern wir uns, daß die neue Gesellschaft aus dem Schoß des entwickelten Kapitalismus entstehen sollte, welchen „Muttermale“ muß dann isolierter Arbeiterstaat überrasant sich aus dem durch und durch rückwärtigen zaristischen Rußland wickeln?

Die Industrieproduktion ist, schon erwähnt, 1921 auf ein Drittel Vorkriegsproduktion gefallen. Bauer erhielt nichts im Austausch den abgiefernten Agrarprodukten. Bauern, die noch in der Lage gewor-

malen der alten Gesellschaft, aus dem Schoß sie herkommt“ Diese „Muttermale“ spielen in einer der wichtigsten Fragen aller Klassengesellschaften die zentrale Rolle, nämlich nach welcher Regel, welcher „Rechtsnorm“ die knappen Güter verteilt werden.

„Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Entwicklung und durch sie bedingt. Die Produktion hat sich zwar radikal verändert mit der Machtergreifung des Proletariats, nicht aber die Produktivkräfte. Eine andere Verteilung als in bürgerlichen“ Recht ist nicht möglich, die jeweilige Verteilungsform ist die Regel, die die Produktion bestimmt.“

„Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Entwicklung und durch sie bedingt. Die Produktion hat sich zwar radikal verändert mit der Machtergreifung des Proletariats, nicht aber die Produktivkräfte. Eine andere Verteilung als in bürgerlichen“ Recht ist nicht möglich, die jeweilige Verteilungsform ist die Regel, die die Produktion bestimmt.“

Andere Normen aber als die bürgerlichen Rechts sind nicht vorhanden. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung, die Gleichheit der Verteilung der Produktion zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, insofern es keine Klassen mehr und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann. Der Staat ist a noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des bürgerlichen Rechts“, das „die faktische Gleichheit sanktioniert“ (Lenin). Lösung hieraus eine wesentliche Schlussfolgerung: Wenn der „enge bürgerliche Rechenhorizont“ in der ersten Phase Kommunismus als Verteilungsnorm halten bleiben muß, so setzt das auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der im Stande wäre, die Erlangung der Rechtsnormen zu erzwingen.

Wir haben es also nach Lenin in ersten Phase mit dem scheinbaren Prodoxon eines „bürgerlichen Staates – ne Bourgeoisie“ zu tun.

terstützen.

Was ist nun die Aufgabe des Arbeiters? Zunächst einmal die Umwandlung der im Privateigentum liegenden Produktionsmittel in Staatseigentum und die Verteidigung und Sicherung der Revolution gegen die alte erntmachte herrschende Klasse, die Bourgeoisie. Lenin schreibt: „Beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber es ist dies bereits eine Unterdrückung der Mehrheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausbeu-



Die Revolutionäre, die die russische Arbeiterklasse zum Sieg führten, standen der Bürokratie

Bürokratie

waren, Landwirtschaft zu betreiben, stellen daraufhin ihre Produktion fast gänzlich ein. Es folgten die Hungerkatastrophen 1920 und 22. Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern drohte 1921 vor dem Zusammenbruch. Ohne Hilfe einer sozialistischen Revolution in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land war nur ein geordneter Rückzug, so Lenin, möglich, die Einführung besonderer „Übergangsmaßnahmen, ... die völlig unüblich wären im Ländern des entwickelten Kapitalismus ...“

Konzessionen an ausländische Kapitalisten, Verpachtung an Privatkapitalisten, freier Handel.

Welcher Hohn, wenn Gorbatschow heute, als Führer der zweitgrößten Industrie- und der größten Militärmacht die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden mit der Neuen Ökonomenischen Politik (NEP) Lenins vergleicht! Gerade Lenin wies immer wieder auf die großen Gefahren der NEP hin. Er zitiert einen ehemaligen bürgerlichen russischen Politiker folgendermaßen: „Ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht in Rußland, weil die den Weg beschritten hat, auf dem sie bei der gewöhnlichen bürgerlichen Staatsmacht landet.“ Lenin fährt fort: „Der Feind spricht die Klassenwahrheit aus und weist damit auf die Gefahr hin, vor der wir stehen. Sie bringen die Stimmung von Tausenden und Zehntausenden aller möglichen Bourgeois oder Sowjetangehörigen, die unsere Neue Ökonomenische Politik mimachen, zum Ausdruck.“ Nicht nur aus diesem Grund stellte Lenin bereits 1922 die Forderung nach der „Einstellung des Rückzugs“, die ersten Erfolge der NEP waren schon sichtbar geworden.

Eine Verdoppelung der Produktion zwischen 1922 und 23 fand statt, 1926 wurde dann das Vorkriegsniveau wieder erreicht, eine Verflüchtigung im Vergleich zu 1921.

Gefahren

Lenin wies neben der Gefahr, die durch die Bourgeoisie der UdSSR drohte, auf eine andere hin: den „Sowjetangestellten“. Zwei Monate vor der Oktoberrevolution schrieb Lenin das wohl beste Buch zum marxistischen Staatsverständnis: „Staat und Revolution“. Hier schrieb er:

„Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der ‚Staatsverwaltung‘, er macht es möglich, das ‚Vorgesetztenwesen‘ zu beseitigen und das Ganze auf die Organisation der Proletariat (als herrschende Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft ‚Arbeiter, Aufseher und Buchhalter‘ einstellen wird.“

Organisieren wir Arbeiter selber die Großproduktion, davon ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe strenger, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewährten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten ‚Aufsehern und Buchhaltern‘ (dazu natürlich Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades) – das ist unsere proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der ‚proletarischen Revolution‘ beginnen.“

Die uneingeschränkte Wählbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen ‚Arbeiterlohn‘, das waren die Forderungen Lenins an einen Arbeiterstaat, dessen Umsetzung direkt nach der Revolution erfolgen sollte. Die nach einer sozialistischen Revolution nötigen Funktionen des Arbeiterstaats können „... alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben, so daß man sie für gewöhnlichen Arbeiterlohn wird leisten und ihnen jeden Schimmer eines Vorrechts, eines ‚Vorgesetztenrechts‘ wird nehmen können (und müssen).“

Nur wie sollte das aber im rückständigen Rußland durchgeführt werden? In einem Land, wo nur 30% lesen und schreiben konnten und wo die Funktionen des Staats nicht auf so einfache Operationen der „Registrierung, Buchung und Kontrolle“ beschränkt werden konnte? Der Zwang, bürgerliches Recht mit aller Brutalität durchzusetzen, die ererbte kulturelle Rückständigkeit und das Scheitern der internationalen Revolution, ließen in Staat und Verwaltung einen Apparat entstehen, der von niemandem mehr kontrolliert, geschweige denn abgewählt werden konnte. Lenin 1922: „Wir nennen einen Apparat unseren eigenen, der uns in Wahrheit vollkommen fremd bleibt, einen bürgerlichen und zaristischen Plunder ...“

In der Konzeption seiner Rede zum

zehnten Sowjetkongress: „Der Staatsapparat überhaupt: Er ist unter aller Kritik unter dem Niveau der bürgerlichen Kultur“, und weiter unten: „... nicht uns gehört dieser Apparat, sondern wir gehören ihm!“

Bürokratie

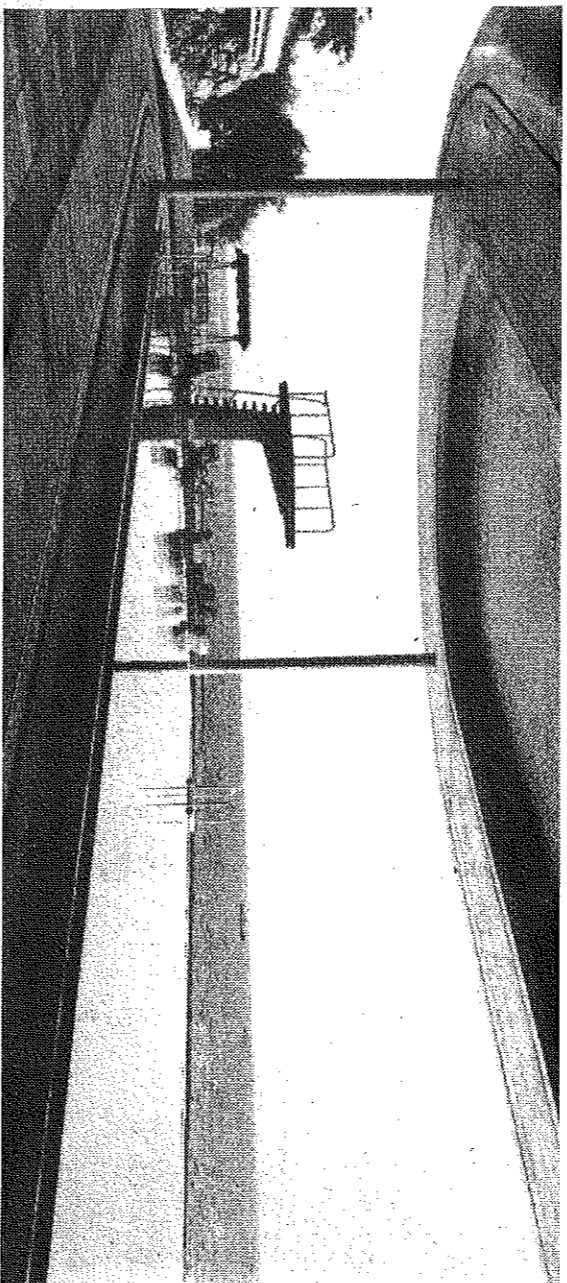
Die Bürokratie entstand als ein Organ im Arbeiterstaat mit der sozialen Funktion, einer Minderheit notwendige Privilegien zu schaffen und diese zu schützen. „Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das die gesellschaftlich notwendige Funktion weit überragt; zu einem selbständigen Faktor und damit zur Quelle großer Gefahr für den gesamten Organismus der Gesellschaft wird.“ (Lenin)

Bis jetzt hat noch jede Revolution eine Welle der Reaktion ausgelöst, meist endete sie bisher mit dem Sieg der

stellten. Das dezimierte, desillusionierte Proletariat konnte dem nichts entgegenzusetzen.

Die Niederlagen der Arbeiterklasse Deutschlands 1923, Großbritannien 1926, die Niederschlagung der chinesischen Revolution – „das sind die historischen Katastrophen, die in den Sowjetmassen den Glauben an die Weltrevolution erlösten und der Bürokratie erlaubten, als einziger ‚rettender Leuchtturm immer höher aufzuragen“, schreibt Trotzki. So wurde aus der Avantgarde des Proletariats die Avantgarde der Bürokratie.

Trotz der zunehmenden Apathie der Arbeiterklasse wurde die Machtergreifung der Bürokratie in der Partei von schweren Kämpfen begleitet. Der Spaltungsprozess wurde durch Lenins frühen Tod 1924 verschärft und trat offen zu Tage. Doch hier hatte die Bürokratie einen weiteren Pluspunkt. Den zweit-rangigen Posten des Generalsekretärs hatte ein drittklassiger, zu dieser Zeit noch unbekannter Politiker inne: Stalin. Er war für die anscheinend wenig beachtete Aufgabe der Organisation der Partei und des Apparates zuständig. Welche Machtfülle er angesammelt hatte, wurde erst später deutlich. Anfang 1923 forderte Lenin die sofortige Ablö-

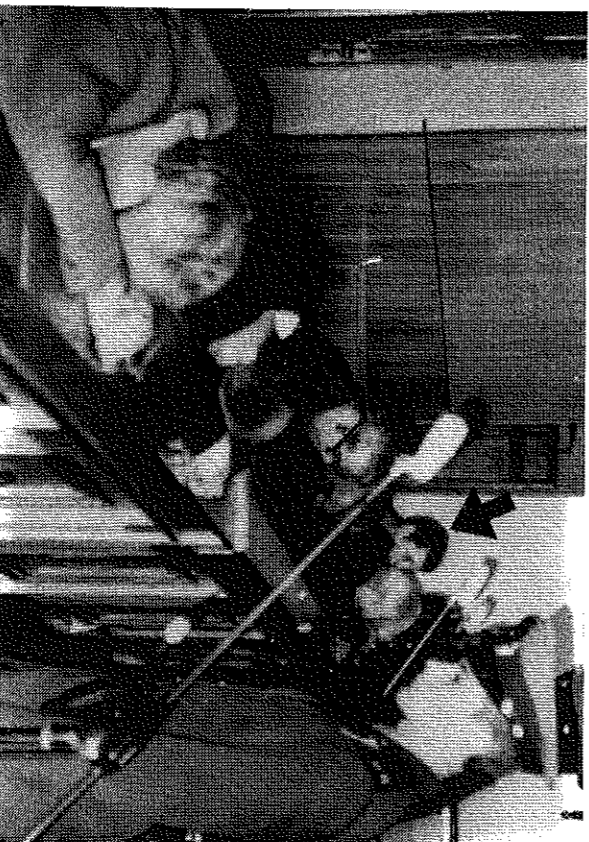


Schwimmbad der Breschnew-Datscha in Ozeanda.

schwinrevolution. Trotzki schreibt: „Statt des erhofften Wohlergehens trat bitterste Not auf lange Zeit im Lande die Herrschaft an, außerdem waren die hervorragendsten Vertreter der Arbeiterklasse entweder im Bürgerkrieg umgekommen, oder sie hatten sich um einige Grade über die Massen erhoben und von ihnen losgelöst. So folgte auf eine beispiellose Anspannung der Kräfte, Hoffnungen und Illusionen eine lange Periode der Müdigkeit, Niedergeschlagenheit und direkter Enttäuschung über die Resultate des Umstur-

Linke Opposition

Die Linke Opposition, die sich hauptsächlich um die Frage der Weiterentwicklung der NEP und im Kampf gegen die Bürokratisierung gebildet hatte, wurde nach Lenins Tod bis zur Deportation Trotzki zielstrebig ausgeschaltet. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Verlängerung und Verschärfung der Zugeständnisse an



Derzeitiger Prozeß gegen den Breschnew-Schwiegersohn Tschuphanow (Pfeil) nach dem Muster: Die schlimmsten Auswüchse bekämpfen, um die bürokratische Herrschaft zu erhalten.

Das Vergehen des plebejischen Stolzes machte einer Flut des Kleinmuts und des Strebertums Platz. Auf dieser Welle schwang sich eine neue kommandierende Schicht empor.“

Avantgarde der Bürokratie

Sehr früh schon begann ein Prozeß der Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat, der Beginn der Bürokratisierung der Partei des Proletariats, der KPDSU. Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Zustrom neuer Schichten in die Partei. Schichten, die zwar erklärte Gegner der Revolution gewesen waren, sich aber mit den neu geschaffenen Realitäten abfinden mußten, sich mit dem System arrangierten – eben jene NEP-Leute und Sowjetange-

Gesellschaft wurden Herren, sie usurpierten die Macht.

Die Herrschaft der Bürokratie basiert allerdings auf den von der proletarischen Revolution geschaffenen Eigentumsverhältnissen, der verstaatlichten Industrie, Grund und Boden. Sie hat sich keine besonderen Besitzverhältnisse geschaffen. Ihre Macht liegt ausschließlich in der besonderen Stellung begründet, die sie im Staatsapparat einnimmt. Die eigentlich „herrschende Klasse“ ist und bleibt das Proletariat.

Unabhängigkeit

„Unter keinem anderen Regime außer dem der UdSSR hat die Bürokratie einen solchen Grad der Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse erlangt. In der bürgerlichen Gesellschaft vertritt die Bürokratie die Interessen der besitzenden und gebildeten Klasse, die über unzählige Mittel verfügt, ihre Verwaltung zu kontrollieren. Die Sowjetbürokratie jedoch schwang sich über eine Klasse auf, die eben erst aus Elend und Dunkel befreit und keine Traditionen im Herrschen und Kommandieren besitzt.“ (Trotzki)

Gleichzeitig war die Bürokratie allerdings gezwungen, die Planwirtschaft weiterzuentwickeln. Sie spielte eine re-



Stalin war der geeignetste Vertreter der aufstrebenden Bürokratie.

Der Sozialismus ist nur denkbar, wenn sowohl in der Industrie als auch in der Agrarwirtschaft eine Großproduktion vorhanden ist. Wie sah die UdSSR 1921 aus? Selbst die städtische und bäuerliche Kleinproduktion stand kurz vor dem Kollaps. „Der Kapitalismus ist ein Übel gegenüber dem Sozialismus“, so Lenin. „Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber der Kleinproduktion ... Insofern wir noch nicht instand sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, insofern ist der Kapitalismus in gewisser Maße unvermeidlich als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Behelf, Methode zur Steigerung der Produktivkräfte.“

NEP

Man war nicht nur dazu gezwungen, „bürgerliche Rechtsnormen“ zu erhalten, sondern die Untereentwicklung und Isolation verdammt die Bolschewiki dazu, kapitalistische Wirtschaftsformen wieder einzuführen.

Um durch den Aufbau der Großindustrie die materielle Basis für den Sozialismus zu schaffen, war die „Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß“ nötig (Lenin) –



TROZKI Im Exil



LENIN tot



BUKHARIN verschwinden



SOKOLNIKOV In Haft



MILITZIN verschollen



JOFFE Selbstmord

Je komplexer die Wirtschaft wurde, desto unfähiger sieht sich der bürokratische Plan, desto heftiger schreiben die Produktivkräfte nach Arbeiterdemokratie und Kontrolle. Die Bürokratie wurde zur absoluten Fessel.

Gorbatschows „Revolution“ ist nichts anderes als der Versuch, mit Reformen von oben die politische Revolution von unten zu verhindern, der Versuch, die schlimmsten Auswüchse bürokratischer Herrschaft auszumerzen, die Illusion, durch eine Mischung aus bürokratischer Mißwirtschaft mit kapitalistischer Marktwirtschaft die Herrschaft wieder zu stabilisieren. Armeen, Berg Karabach, aber auch die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gegen die schlechte Versorgung, Lohnsenkungen und steigenden Arbeitsdruck gegen die Spitzen von Partei und Staat zeigen die Grenzen dieser Manöver.

Die Spaltung der Bürokratie, das Aufwachen der mächtigsten aller Arbeiterklassen, des Proletariats der Sowjetunion, markieren aber den Beginn des Endes der bürokratischen Herrschaft.

Frank Kirsch, Köln
Jungsozialist

„Vorbild“ Norwegen: Quotierung - Was nun?

Auf dem Münsteraner Parteitag der SPD wurde die Einführung der Vierzig-Prozent-Quotierung für Frauen ab 1998 beschlossen. Vorbild für diesen Beschluß ist das „Modell Norwegen“. In der dortigen Arbeiterpartei gilt diese Regelung seit 1983. Die Erfahrungen zeigen, daß es Frauen tatsächlich erleichtert wird, in führende Positionen aufzusteigen - seit dem Regierungswechsel 1986 gibt es ein quotiertes Kabinett unter der Regierungschefin Gro Harlem Brundtland. Wurden damit aber auch die Hoffnungen vieler Genossinnen und Genossen auf eine Änderung der Politik erfüllt?

Die Antwort, die auf diese Frage im „Vorwärts“ Nr. 4 vom 24.1.87 gegeben wird, ist positiv: „Im Staatsbudgetrollen die Millionen zur Gleichstellung von Frauen. 35 Millionen Kronen für die Gleichstellung der Frauen im Erziehungssektor, in der Forschung, am Arbeitsmarkt. 4,4 Millionen Kronen zur Erforschung der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. 7,5 Millionen für die Stärkung der Frauen in der Landwirtschaft und zehn Millionen für Frauenarbeitsplätze im strukturschwachen Norden“ (zusammen 51,9 Millionen Kronen, etwa 12 Millionen DM).



Premierministerin Gro Harlem Brundtland: Sie macht eine Politik des Krisenmanagements à la Helmut Schmidt.

Der neue Parkplatz am Stortinget (Parlament) kostet 50 Millionen Kronen (!). Aber im Gesundheitswesen, bei der Altersversorgung und den Löhnen wird gekürzt.“ Klar ist, daß eine solche Politik auf Kosten der ar-

beitenden Klasse nicht gerade förderlich für die Lage von Arbeiterfrauen ist.

1986 stützte die bürgerliche Regierung Willoch über ihren Versuch, eine radikale Sparpolitik durchzusetzen. Vorher hatten die norwegischen Gewerkschaften in nur einer Woche die 37,5-Stundenwoche und elfprozentige Lohnneuhöhungen erstreikt. Die rasche Ausweitung der Streikwelle und der Streik von 50.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Sparpläne der Regierung führte zum Rücktritt der Konservativen.

Die Versprechen der Arbeiterpartei für mehr Arbeitsplätze und eine Ausdehnung des öffentlichen Dienstes waren nach dem Regierungsantritt allerdings trotz der acht Frauen im Kabinett schnell vergessen. Was blieb, ist eine klassische Sparpolitik und die „Gesundenschrumpfung“ der Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Die zwölfprozentige Abwertung der Krone, Steuererhöhungen und die Kürzungen im öffentlichen Dienst zwangen die Gewerkschaften schon bald zur erneuten Gewerkswehr. Daraufhin ging die Regierung so weit, Streiks im öffentlichen Dienst für illegal zu erklären!

Aus der Traum vom ewigen Aufschwung

Der Hintergrund für diese Politik ist das Vertrauen der sozialdemokratischen Führung in die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus. Im langen Nachkriegsaufschwung der fünfziger und sechziger Jahre wurde in ganz Skandinavien auf der Grundlage üppiger Rohstoffquellen, billiger Energie und geringer Bevölkerungszahlen besonderer Reichtum geschaffen. Die traditionell starke Gewerkschaftsbewegung hat eine kämpferische und in-

In der Nachbarrepublik Rwanda, wo gleiche Stämme leben, werden auf der Grundlage solcher Eintragungen Schult-, Studien- und Arbeitsplätze, vor allem im Öffentlichen Dienst, peinlichst genau zwischen Hutu und Tutsi (85 zu 15) quotiert! Doch mit der Quotierung wird kein zusätzlicher Reichtum geschaffen, sondern nur Mangel verwaltet.

Im Würgegriff des Imperialismus

Burundi lebt hauptsächlich von der Landwirtschaft. Durch die hohe Bevölkerungsdichte besitzen die Bauern winzige Parzellen und sind meist unterbeschäftigt. Die Hauptexporte sind Kaffee (90%), Baumwolle, Tee und einige Mineralien. Der Verfall der Rohstoffpreise hat in den letzten Jahren zu ständig sinkendem Lebensstandard der Masse der Bevölkerung geführt. Die gesamten Auslandsschulden des Landes liegen mit 2 Mrd. USDollar höher als das aktuelle jährliche Nationalprodukt. So bestimmen durch den IWF die Gläubiger die Politik des Landes. Ein größerer Teil der ohnehin geringen Produktion des Landes wird von ausländischen Kapitalisten und Bankiers kassiert. Wachsendes Elend und politische Instabilität sind die Folgen: Allein seit 1976 haben sich drei Militärdiktaturen durch Putsch abgelöst.

Das Massaker vom August macht eindringlich deutlich, wie die Alternative Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei“ für viele Millionen Menschen heute schon aktuell, d.h. eine Frage von Leben oder Tod geworden ist. Wir können aber nicht von den Bauern in Burundi allein den Sieg über den Imperialismus erwarten oder verlangen. Es ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse, hier vor allem auch der starken deutschen Arbeiterbewegung, den Kapitalisten das Handwerk zu legen.

Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

ke Tradition und konnte mehr Errungenschaften erkämpfen als im Rest Europas. Doch in den Arbeiterparteien wurden der Klassenkampf und die Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung zu den Akten gelegt. Entsprechend unvorbereitet werden die Arbeiterführer von der einbrechenden kapitalistischen Krise getroffen. Norwegen konnte seit den 70er Jahren seine Probleme mit dem Ölboom überdecken: Bei einer kleinen Bevölkerungszahl (4 Millionen) fielen die Einnahmen aus dem Norsee-Öl durchaus ins Gewicht. Doch die Industrieproduktion stagnierte schon seit Jahren. Die fallenden Erdölpreise hatten 1986 einen real zehnprozentigen Rückgang des Nationalinkommens zur Folge. Das Wirtschaftswachstum 1986 noch bei 4,5%, ist heute nahezu auf null abgesunken.

Rechtsextremes Potential

Die Politik der Regierung Brundtland schützt auch die Unzufriedenheit außerhalb der Arbeiterbewegung. Meinungsfragen zufolge hat die Arbeiterpartei an Punkten verloren, ohne daß die Konservative Partei dazugewonnen hat. Allerdings konnte die rechtsextreme „Progrei-Partei“ ihre Unterstützung in diesen Umfragen auf zwanzig Prozent steigern.

Die kapitalistische Krise läßt sich nicht mit der prokapitalistischen Politik der sozialdemokratischen Führung lösen. Der einzige Ausweg ist eine sozialistische Politik, die sich auf die Kampfereischaft der Arbeiterklasse stützt, anstatt sie anzugreifen.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Internationale Notizen



Ungarn

Ungarn erlebt derzeit die größte Streik- und Protestwelle seit dem Aufstand von 1956. Die neue, angebliche „reformistische“ Parteiführung orientiert ihre Wirtschaftspolitik an kapitalistischen Elementen. Das bedeutet auch im Ostblock: Die Krise soll auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden, z.B. durch Entlassungen, Betriebschließungen, Steuerreform, u.ä.

In mehreren Streiks haben die Arbeiter jetzt Zustände erreicht, die so erreichen 300 Bergarbeiter im Kohlebergwerk Meesek die Wiedereinführung von Zuschlagszahlungen in derselben Höhe wie vor der Steuerreform (26,8%).

Auch über Umweltfragen gibt es wachsende Proteste. So demonstrieren 10.000 Menschen vor dem Budapester Parlament gegen den Bau eines Donau-Kraftwerks und forderten eine Volksabstimmung darüber (14,9%).

Großbritannien

Im ersten britischen Poststreik seit 17 Jahren traten im September 90% der 140.000 Beschäftigten bei der Post in den 12-tägigen Ausstand und brachten den Brief- und Paketverkehr zum völligen Erliegen. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die allgemeine Unzufriedenheit der Postbeschäftigten mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Allein 1987 gab es 200 örtlich begrenzte

Kämpfe, weil allorts die Amtsleiter einseitig versuchten, die Arbeitsleistung zu steigern, ohne zusätzliche Kräfte einzustellen. Anlaß der Streiks war, daß in London neu eingestellten Arbeitern unterschiedliche und nicht einheitliche Lohnzuschläge gewährt werden sollten.

Die Provokationen des Managements sind im Zusammenhang mit Thatchers Privatisierungsplänen zu sehen. Der Telecom-Bereich ist bereits in privater Hand; jetzt wird die Postgirobank in die Schußlinie genommen.

Die Postbesetzung soll gespalten und die Postgewerkschaft geschwächt werden, um den Durchmarsch der Privatisierer auch dort zu erleichtern. Das Ergebnis des Streiks ist mager: Von einer national einheitlichen Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen sind die Verhandlungspartner noch weit entfernt. Mit einer entschlossenen kämpferischen Führung, die die Kämpfe zusammenfaßt, hätte der Streik erfolgreich sein können.

Chile

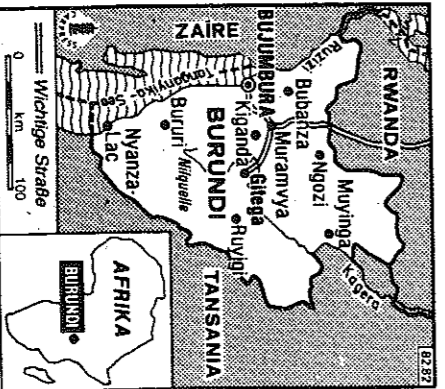
Am 5. Oktober findet eine Volksabstimmung statt. Diktator Pinochet will für weitere 9 Jahre an der Macht bleiben. Ca. 300.000 Arbeiter und Jugendliche protestierten am 4.9. gegen die Militärdiktatur. Kein Tag vergeht ohne Aktionen unter der Losung, mit „Nein“ zu stimmen.

Stammeskämpfe in Burundi:

Armut und Barbarei

20-30.000 Menschen fielen allein innerhalb von zwei Wochen im August in Burundi den Stammeseinwanderern zum Opfer. In den nördlichen Provinzen wurden wahllos auch Säuglinge und Greise niedergemetzelt. Mehr als 60.000 flohen ins nördliche Nachbarland Rwanda.

Seit ihrer Unabhängigkeit 1962 ist die ehemalige belgische Kolonie Burundi bereits 1965 und 72 Schauplatz barbarischer Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Stämmen Tutsi (15-20% der Bevölkerung) und Hutu (mehr als 80%) gewesen. 1972 wurden 200.000-300.000 Hutus vom regierenden Minderheitsregime der Tutsi ermordet. Ein früherer Außenminister wollte sogar durch Massakern den Anteil der Hutu unter 50% drücken! Seither leben die Hutu in ständiger Angst, die Tutsi würden diesen Plan zu Ende führen. In einem



Burundi ist flächenmäßig etwas größer und einwohnermäßig ungefähr gleich groß wie Hessen (ca. 5 Mio. Einwohner). Mit ca. 180 Einwohnern/km² ist Burundi neben dem Nachbar Rwanda (220 Einw./km²) eines der dichtbesiedeltesten, aber auch sogar für afrikanische Verhältnisse eines der ärmsten Länder. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt umgerechnet ca. 230 Dollar jährlich (im Vergleich dazu Hessen: über 12.000 Dollar). 80-85% der Bevölkerung leben auf dem Land und sind in der Landwirtschaft tätig. Es gibt kaum Industrie und weniger als 10% leben in den wenigen kleinen Städten. Bei einem Arzt pro 45.000 Einwohnern ist es kaum verwunderlich, daß die Kindersterblichkeit sehr hoch liegt (14 von 100 Neugeborenen) und die Lebenserwartung gerade bei 46 Jahren.

Kleinen Land mit über 70% Analphabeten kann so auch ein kleiner Zweiseiterfall viel auslösen. Die Hutus hatten seit einiger Zeit die üblichen Spenden an die Staatspartei verweigert und erwarteten „Vertilgung“. Am 5. August glaubten dann die Einwohner der Gemeinde Marangara beim Anblick eines Militärfahrzeugs, es wäre soweit. Sie griffen das Fahrzeug an, lynchten die Soldaten und begannen eine Jagd auf den erbesten Tutsi. Im benachbarten Distrikt Nienga wurde am 14.8. ebenfalls

Burundi ist flächenmäßig etwas größer und einwohnermäßig ungefähr gleich groß wie Hessen (ca. 5 Mio. Einwohner). Mit ca. 180 Einwohnern/km² ist Burundi neben dem Nachbar Rwanda (220 Einw./km²) eines der dichtbesiedeltesten, aber auch sogar für afrikanische Verhältnisse eines der ärmsten Länder. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt umgerechnet ca. 230 Dollar jährlich (im Vergleich dazu Hessen: über 12.000 Dollar). 80-85% der Bevölkerung leben auf dem Land und sind in der Landwirtschaft tätig. Es gibt kaum Industrie und weniger als 10% leben in den wenigen kleinen Städten. Bei einem Arzt pro 45.000 Einwohnern ist es kaum verwunderlich, daß die Kindersterblichkeit sehr hoch liegt (14 von 100 Neugeborenen) und die Lebenserwartung gerade bei 46 Jahren.

Die Stammeseinwanderer setzten sich aus solchem Elend und Hoffnungslosigkeit heraus. Es spielt dabei keine Rolle, daß Hutu und Tutsi gleiche Sprache, gleiche Kultur und Wohngebiete haben, die in Jahrhunderten des Zusammenlebens gewachsen sind. Die Unterschiede sind rein äußerlich: Die Tutsi sind eher groß und extrem schlank. Die Grenzen sind dabei fließend. Doch in jeden Personalausweis wird „Hutu“ oder „Tutsi“ eingetragen.



Gefangene und Soldaten in Rwanda bergen einen Toten aus dem Grenzfluß.

Birma

Krise der Bürokratie

Mit Massenbewegungen der Bevölkerung, mehreren Regierungswechseln und dem Militärputsch vom 18. September hat Birma Schlagzeilen gemacht. Die dem Putsch folgenden Straßenschlachten zeigen, daß die Krise des Landes und ihres Militärregimes nicht gelöst ist. Wodurch entstand diese Lage? Wie soll es weitergehen?

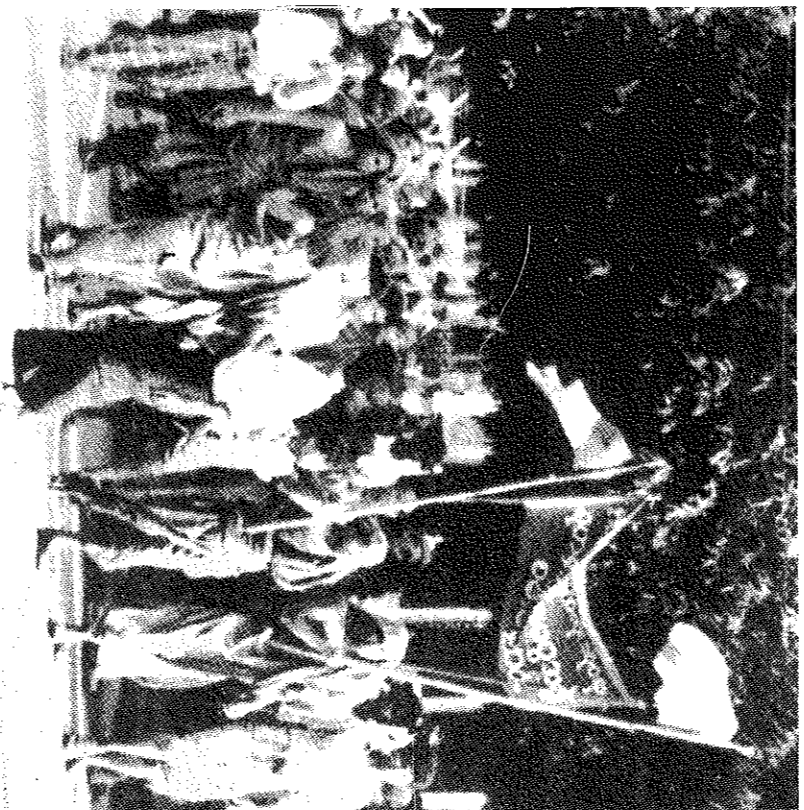
1948 führte der Befreiungskampf gegen den britischen Kolonialismus zur Unabhängigkeit Birmas. Doch die bürgerliche Regierung unter O Nu war - wie viele Regimes der „3. Welt“ - unfähig, das Land auf kapitalistischer Grundlage weiterzuentwickeln.

Mit dem System „Teile und Herrsche“ hatten die britischen Kolonialisten Birmas Nationalitätenproblem verschärft. Birmaner stellen reichlich die Hälfte der Gesamtbevölkerung; die Völker der Katschin, Schan, Karen, Tschin u.a. kämpften für ihr Selbstbestimmungsrecht. Revolten flackerten auf zwischen Moslems, Mujahedin und Karen, Guerillakriege von „kommunistischen“ Gruppen begannen. Das Militär wurde zu einer entscheidenden Macht in einer Gesellschaft, für die keine Entwicklung nach vorn mehr möglich war. Die Offiziere, ausgebildet im Kampf gegen den britischen Imperialismus und in Verbindung mit einer „antifaschistischen Volksbefreiungsliga“, die sich „sozialistisch“ nannten, ergriffen 1962 die Regierungsmacht. Beeinflußt von der Revolution im Nachbarland China und von Stalins Idee des „Sozialismus in einem Land“ wurde Birma „eigener Weg zum Sozialismus“ proklamiert. Das neue Regime stellte sich als marktwürdige Mischung aus „Sozialismus“, Nationalismus und Buddhismus dar.

Gestützt auf die Bauernschaft und die Arbeiter wurden Industrie und Banken sowie Verkehrsmittel und Handel verstaatlicht. 1963 wurde Großgrundbesitz Staats Eigentum und das Land auf Lebenszeit an landlose Bauern vergeben, ab 1965 wird jegliche Pachtzahlung verboten, um die bäuerliche Verschluldung zu beseitigen. Die Verstaatlichungen führten zu Verbesserungen für die Bevölkerung, verglichen mit anderen unterentwickelten Ländern.

Die Militärs bildeten einen Einparteienstaat ohne demokratische Kontrolle, Massenverhaftungen ersichtlich jede Opposition, Vetternwirtschaft und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat bereiteten sich aus. Jegliche Hilfe von außen wurde abgelehnt. Der Krieg gegen die Minderheiten wurde fortgesetzt. 40% der Staatsausgaben werden davon verschlungen.

Ähnlich wie in Äthiopien nach der Revolution von 1974 war so die kostspielige Unterdrückung von nationalen



Demonstration in Birma. Alle wollen Demokratie, nur wenige Kapitalismus. Den Grund dafür, daß sich die Planwirtschaft insgesamt kaum weiterentwickeln konnte, Birma hat heute über 4 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, davon ca. 900 Mio. bei der BRD. Größter Geldgeber und wichtigster

Handelspartner ist Japan. Birma, einst größter Reisezporteur der Welt, muß in diesem Jahr Reis einführen. Der Reispreis stieg im Januar um 400%, was die ersten Unruhen im März zur Folge hatte. Die Inflation liegt bei 500%. Der Schwarzmarkt büßt führende Regierungsmitglieder sollen darin verwickelt sein. Guerillakräfte der Schan und Katschin sowie der oppositionellen birmanischen „KP“ finanzieren ihre Waffenkäufe teils über Drogenhandel (Opium).

Anfang September wurde die Lage für die Bürokratie zunehmend unkontrollierbar. Als sie die Freilassung von Gefangenen und die Bildung von Studen-tenorganisations zugestand und

Krise

Minderheiten eingesetzten Truppen wird allgemein als sehr niedrig eingeschätzt; im Nordosten sollen einzelne Offiziere den Befehl zum Niederwerfen von Protesten und Widerstand verweigert haben. In Teilen des Landes hat die Bevölkerung Räte gebildet, die die Verwaltungsaufgaben übernommen haben. Bürgerlich orientierte Kräfte in den Reihen der Opposition und Guerillas fordern die Einführung der Marktwirtschaft und die Zulassung ausländischer Investoren zur Ausbeutung der Bodenschätze des Landes.

Kein Zurück zum Kapitalismus

Nur - welche Vorteile hätten davon die Arbeiter und Bauern? Die Arbeiter, die sich in den letzten Monaten Ansätze zu Kontrolle über Fabriken und Raffinerien erkämpft haben, müßten diese Errungenschaften dann wieder an die kapitalistischen Mannager abgeben. Die Einführung einer Marktwirtschaft würde auch die Käuflichkeit von Land bedeuten. Großbauern und schließlich Großgrundbesitzer würden sich herausbilden, verarmte Bauern würden ihre Existenzgrundlage verlieren.

Welche Probleme die profitorientierte Ausbeutung von Ressourcen für die arbeitende Bevölkerung aufwirft, zeigt sich an den unter kapitalistischen Einfluß stehenden Ländern. In Indien z.B. hat das Kapital für Investitionen freie Hand (s.a. Union Carbide in Bhopal) - aber die Bevölkerung leidet mehr denn je unter Elend und nationaler Zerrissenheit. Ist es Birma in den Jahren 1948-62, also noch zu Zeiten eines weltweiten Nachkriegsaufschwungs nicht gelungen, seine Probleme mit Hilfe eines kapitalistischen Systems zu lösen, sind die Bedingungen heute, in Erwartung der nächsten weltweiten Rezession noch viel schlechter.

Der Militärputsch zeigt, daß die Bürokratie überwiegend (bis auf die korrupten Elemente) nicht bereit ist, die Wiederführung kapitalistischer Verhältnisse zu dulden, ganz einfach weil dies die Grundlagen ihrer Privilegien und Existenz rauben würde.

Ein zentrales Problem Birmas ist nach wie vor die Nationalitätenfrage. Wenn Teile der Armee sich weigern

te der notwendigen Lebenskosten abzudecken. Nach Schätzungen der Gewerkschaft CGT liegt der Warenkorb einer Familie bei 1200 Australas, das durchschnittliche Einkommens eines Arbeiters liegt aber nur bei 550 Australas im Monat (nach aktuellem Wechselkurs ca. 100 US-Dollar).

Wenn man dazu noch die monatliche Inflationsrate von 109% sieht, kann man sich wohl so ungefähr vorstellen, wie hart das Leben hier ist.

VORAN: Wie sehen deiner Meinung nach die Perspektiven für das nächste Jahr aus?

Alejandro: Ich glaube, man muß

daß die Arbeitslosen völlig mittellos sind und nur auf die Hilfe ihrer Familien und Verwandten angewiesen bleiben - oder Zutlucht zur Kriminalität nehmen. Das zeigt auch die hohe Kriminalitätsrate unter Jugendlichen. Täglich heißt man in den Zeitungen: „Polizei erschloß 15jährigen Verbrecher“, usw.

Ein weiteres großes Problem ist die Wohnungsnot. Allein in Buenos Aires fehlen ca. 2,5 Mio. Wohnungen. Diejenigen, die eine Wohnung haben, müssen oft mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete bezahlen. So müssen viele Familien in einem Zimmer bei Verwandten wohnen, in verfallenen Mietkasernen oder Elendsvierteln.

Es ist leicht verständlich, daß unter diesen Lebensbedingungen die Gesundheit leidet. Das Fehlen eines funktionierenden Gesundheitssystems und die hohen Kosten der Medikamente und Arztbesuche machen Krankheiten zu einem großen Problem.



Die Krise Birmas zeigt aber auch die Sackgasse einer engstirnigen, nationalhistorischen Politik unter dem stalinistischen Motto vom „Sozialismus in einem Land“. Daher wäre es die Aufgabe der siegreichen Arbeiter Birmas, den Anstoß zur Schaffung einer sozialistischen Vereinigung der Länder Südasiens zu geben.

Karin Dollmeier-Djafari, Nürnberg Jungsozialistin

kein Heilsheer sein, um zu erkennen, daß sich die wirtschaftliche Situation noch verschärfen wird. 1989 finden Präsidentschaftswahlen statt, und höchstwahrscheinlich wird die personistische Partei siegen. Die Regierung Alfonsín hat eine sehr unpopuläre Wirtschaftspolitik betrieben, so daß viele Arbeiter sich wieder an ihrer traditionellen Partei, der personistischen, orientieren. Das würde deutlich, als bei den letzten Provinzwahlen in 11 von 22 Provinzen die personistische Kandidaten siegen. Die Regierungspartei UCR konnte nur zwei Provinzen gewinnen.

VORAN: Mit welchem Programm führen die Peronisten den Wahlkampf?

Alejandro: Bis jetzt hat die Führung der Partei noch kein Wahlprogramm herausgebracht, es gibt noch keine Vorschläge, wie man die vielfältigen Probleme lösen will. Ich denke, dabei ein Programm sehr grundsätzliche soziale Veränderungen zum Ziel haben müßte.

Argentinien müßte sich weigern, die Auslandsschulden abzahlten, denn diese sind zusammen mit den Großgrundbesitzern und der Oligarchie schuld an der großen Armut unserer Bevölkerung. Ein Programm, das wirklich unsere Interessen vertritt müßte die Nationalisierung der privaten Banken, des Außenhandels, des Bodens und der Großindustrie enthalten. Für jeden muß es Wohnung und Arbeit geben sowie angemessene Löhne und ein kostenloses Gesundheitssystem. All das muß von den Arbeitern selbst verwaltet und kontrolliert werden. Denn wir sind die einzigen, die diese Fortschritte wirklich verteidigen würden, weil sie notwendig sind, um

Argentinien Kapitalismus in der Sackgasse

Die Arbeiterklasse Argentiniens hat in den letzten Jahren in einer Reihe von Generalstreiks ihre Bereitschaft gezeigt, Lebensstandard und demokratische Rechte zu verteidigen. Ein Ausdruck der katastrophalen Lage des Landes ist die Schuldenkrise: Mit knapp 50 Mrd. US-Dollar hat Argentinien eine wesentlich höhere pro-Kopf-Verschuldung als die beiden anderen lateinamerikanischen Giganten Mexiko und Brasilien.

Bei einem Besuch in Argentinien sprach eine VORAN-Mitarbeiterin mit Alejandro Molina, Mitglied der peronistischen Jugend in Córdoba, der zweitgrößten Stadt des Landes.

VORAN: Welche Rolle spielt in Argentinien die hohe Auslandsverschuldung?

Alejandro: Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas ist katastrophal. Im Jahr 1978 z.B. wurden 15,5% der Exporteinnahmen für die Zinsen aus der Verschuldung ausgegeben, im Jahr 1984 waren es 35,4%, und 1987 mußten verschiedene Länder mehr als 50% ihrer Einnahmen zahlen. In Argentinien sieht es noch schlechter aus, weil die Exporteinnahmen geringer sind als die zu zahlenden Zinsen. So fließen jährlich 5000 Mio. US-Dollar nur in diese Ausgaben. Man kann sich vorstellen, daß das einen sehr negativen Einfluß auf die Möglichkeiten im Erziehungswesen, im Gesundheitswesen und auf die Wohnungssituation hat.

VORAN: Und wie sieht heute die soziale und wirtschaftliche Situation in Argentinien aus?

Alejandro: Mehr als zweieinhalb Millionen Personen sind hier arbeitslos, wobei man bedenken muß, daß es

Kampffonds Immer an die Extra- Spenden denken!

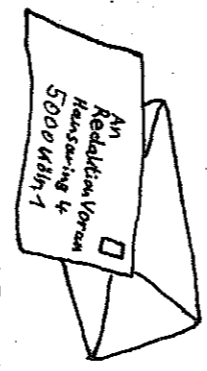
Die Kohl-Regierung hat sich neu mit dem besten Wirtschaftswachstum seit 1979 gebrüht. Dabei steigen im vergangenen Jahr Unternehmen und Kapitalanleger ihr Einkommen um 4,6%, die Lohnquote dagegen rutschte im ersten Halbjahr 1988 auf den niedrigsten Stand seit 1970. Doch ist Stoltenberg fest entschlossen, die Arbeiterklasse weiter zu schröpfen, wo es nur geht.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als diese Regierung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Ein sehr wichtiges dabei ist die marxistische Zeitung VORAN. Sie wird finanziert mit dem Geld der „kleinen Leute“, deren Interessen sie la vertritt. So spendeten z.B. Oliver Brunnher, Juso aus Aachen, 100 DM; Klaus Weller aus Ludwigshafen 40 DM, Frank Riedel, Leiharbeiter aus Köln, 20 DM und Daniela und Uli, Jusus aus Kiel, zusammen 50 DM. Außer solchen Einzelspenden brachten Diskussionsveranstaltungen, die von Lesern in Göttingen und Köln zum Thema „Gorbatschow“ organisiert wurden, 71 bzw. 113,43 DM für

den Kampffonds ein. Der Gewinn eines Flohmarktes in Aachen in Höhe von 212 DM wurde uns auch überwiesen; genau wie der Verkauf von Teigtaschen auf dem Frankfurter SPD-Fest durch Wiesbadener Jungsozialisten, die dem Kampffonds immerhin 270 DM beschert haben.

Diese (und andere nicht erwähnten) Spenden und Aktivitäten bringen das K.F.-Ergebnis auf den Stand von 58.318,78 DM. Aber ein Blick auf das „Barometer“ zeigt, daß wir damit unser Ziel bis Ende September stark hinterherhinken. Das Ziel ergibt sich aus den lauten Ausgaben für Raummiete, Strom, Telefon, Bittromaterial und nicht zuletzt die Druckkosten, die zur Herstellung der Zeitung notwendig sind; das Ziel schließt aber auch einen „Investitionsteil“ ein, der zum Aufbau einer eigenen Druckerei gedacht ist. Eine Druckmaschine haben wir schon – jetzt brauchen wir die Räume dazu, denn die jetzigen reichen nicht mehr dazu aus.

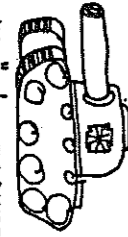
Alle Leser können uns dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen, wenn sie bei Jusus und SPD, in ihrem Freunde



Liebe Genossinnen und Genossen! SPD, hiß es im Wahlkampf 1983, sei zu übersetzen mit S wie Schulden, P wie Pleiten und D wie Dauerarbeitslosigkeit. Dieser Vorwurf richtete sich auch an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Regierung, in der die Wirtschaftspolitik wie heute von einem FDP-Minister, damals Lambsdorff, jetzt Baugemann, repräsentiert wurde. Nach sechs Jahren Kanzler Kohl, der den Aufschwung und die geistig-moralische Wende versprach, hat die Regierung den damaligen Zustand von Schulden, Pleiten, Dauerarbeitslosigkeit weit übertroffen: 39 Mrd. DM Neuverschuldung im letzten Jahr, nach wie vor zahlreiche Firmenzusammenbrüche, ein rüstiger Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft (z.B.: Rüstungskonzern Daimler-Benz/MBB) und nahezu 2,5 Mio. Langzeitarbeitslose. Drei Millionen Menschen, und dies mit steigender Tendenz, beziehen Sozialhilfeunterstützung. Sind das alles Faulenzler, die

Hallo Genossen und Genossinnen! Es ist schon eine Schande, wie die Bundeswehr mit unseren Steuergehltern umgeht. Die Rüstungsausgaben steigen, während Wehrpflichtige einen Hungerlohn bekommen und miserables Essen und Unterdrückung Tag für Tag aushalten müssen. Manchmal erfordert es monatelange Laufen, in unserem Sozialstaat für 15 Monate Zuschüsse für Miete oder Familienangehörige zu bekommen. Wehrpflichtige nehmen ellenlange Fahrten zum Standort in Kauf, was nicht selten Freundschaften und sogar Ehen gefährdet. Zudem endet vor der Kaserne der demokratische Sektor. Der Soldat hat keine politische Meinung zu haben.

WAS IST DAS?



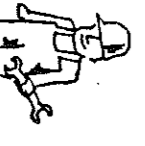
NATÜRLICH, EIN PAUZER.

UND DAS?

NATÜRLICH EIN ARBEITER. DER MUSS DEN PAUZER BLEIBEN.

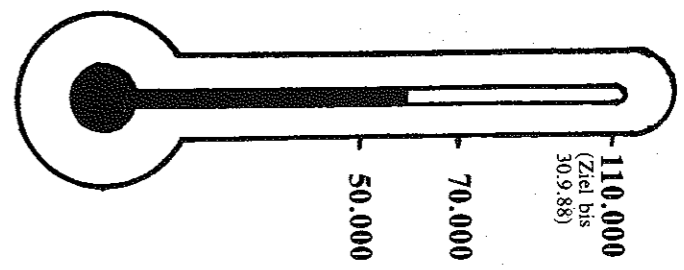
UND DAS?

NATÜRLICH, EIN SCALPT DER LERNT, IN OGH PAUZER ZU STERBEN.



UND DAS?

NATÜRLICH EIN UNTERNEHMER. DER SICH AN DEN ARBEITERN DEN SKANDALEN UND DEM PAUZER ERKRÄNKT UND DANACH KORBENNT. HUI!



Spendenkonto:
VORAN Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

und Familienkreis, in Betrieb und Schule für VORAN werben. Dabei aber immer nach Extra-Spenden fragen; die Beispiele zeigen, daß das Geld da ist!

Fitz Garvie
Redaktion Köln

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Eindrücke, und und und ...

in der von der CDU erfundenen „sozialen Hängematte“ liegen? Die Kluit zwischen arm und reich, die Umverteilung von unten nach oben, wird immer größer. Eine Steuerreform zugunsten der Bestverdienenden, bei der Rentner, Arbeitslose und Niedrigere leer ausgehen bzw. durch höhere Verbrauchssteuern noch belastet werden, kann von VORAN und Sozialdemokraten nur verurteilt werden. Der dreiste Vorstoß, den Privatpiloten die Flugbesitzsteuer zu streichen, ist in der CDU-Spitze selbst in den eigenen Reihen schwer vertriebt worden. Dagegen wird den Kranken immer tiefer in die Tasche gegriffen. Die jetzige Bundesregierung praktiziert eine arbeitnehmer- und familienfeindliche Politik. Dem kleinen Mann wird immer mehr Geld aus der Tasche gezogen, die Reichen hingegen werden geschont.

Und wer darauf hinweist, dem wird von Politikern aus Regierungskreisen Sozialneid vorgeworfen. So einfach

macht man es sich. Ob für Europa-Politik, Airbus, Jäger 90, Luft- und Raumfahrt, um nur einige Beispiele zu nennen – dafür bringt man locker Milliardensummen auf. Für Abbau von Massenarbeitslosigkeit ist kein Geld da. Stattdessen wird versucht, die Gewerkschaften zu spalten. Für die wachsenden Schulden muß letztlich der Bürger aufkommen. Wenn man der Regierung Schmidt vorwirft, sie habe nicht mit Geld umgehen können, dann kann ich dem nur entgegensetzen: Die Regierung Kohl kann weder mit Geld noch mit Menschen umgehen.

Es grüßt Euch, Genossen,
Gerd Nysten, Aachen
SPD-Mitglied

ihir da oben...

Von links nach rechts mit Schallgeschwindigkeit

Innerhalb der französischen „sozialistischen Regierung gibt es zur Zeit eine Diskussions um die Produktion des Kampfflugzeugs „Rafale“, die den Staat 30 Milliarden Francs kosten wird und die einzige Funktion hat, vier Rüstungskonzernen hohe Profite zu garantieren. Stark machen sich für dieses Projekt, das im großen und ganzen schon beschlossen ist, vor allem Verteidigungsminister Chevènement, der in den 70er Jahren ein bekannter Vertreter des linksreformistischen CERES-Flügels war. 1975 war Chevènements Lösung noch: „Weder Sozialdemokratie noch Leninismus“, jetzt kam man hinzufliegen: „... sondern Kapitalismus und Militarismus.“

Perestroika beim Demonstrationsrecht

Die Bürokratie in der Sowjetunion will härter gegen Teilnehmer von ungenehmigten, d.h. unangenehmen Demonstrationen vorgehen. Ein Erlaß des Präsidiums des Obersten „Sowjets“ der russischen Föderation

sieht Geldstrafen für Demonstranten bis zu 300 Rubeln (zwei durchschnittliche Monatsgehältern) vor. Im Wiederholungsfall drohen 1000 Rubel oder sogar Zwangsarbeit bis zu zwei Monaten. Sowjet zu Perestroika (Umbau). Der Erlaß wurde nicht veröffentlicht. Soviel zu Glasnost (Offenheit).

Grenzenlose Liebe

Nicola Ceausescu, stalinistischer Diktator Rumäniens, hat sich scheinbar dazu erweichen lassen, im Rahmen seines brutalen Dörferversorgungsprogramms 4 Dörfer zu schließen. Dies entschied er nach Eingang eines Briefes der betroffenen Bewohner, der im Stil eines Bitbriefes an den Zaren geschrieben wurde: „Sehr geehrter und lieber Genosse Nicolae Ceausescu, wir, die Bewohner der Gemeinden, die wir zu einer Bürgerversammlung zusammengekommen sind, nehmen auch diese Gelegenheit wahr, um unseren Gefühlen grenzenloser Liebe, Wertschätzung und herzlichster Erkenntlichkeit für Sie Ausdruck zu verleihen, den hervorragenden Führer unserer Partei, einen prominenten Persönlichkeiten der zeitgenössischen Welt, der wir unmittelbar alles verdanken. (...) Wir bitten sie achtungsvoll, uns zu gestatten, Ihnen aufrechten Herzens unsere tiefempfundnen und herzlichsten Wünsche zu übermitteln zum Ruhme der rumänischen Volk.“

Jugend für Sozialismus
Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse
VORAN-Gruppe
Preis: 2,50 DM

Verkauf



Die Redaktion erhielt folgenden Brief von Babak Moussouri, Juso, und Lars Brüggemann, Juso und Falken-Mitglied, aus Hamburg:

„In Hamburg-Nienhoff feierte die SPD vom 26.-28.8.88 ihren 125jährigen Geburtstag. Die Fete stand im Zusammenhang mit dem Nordgipfel, den Engholm (Ministerpräsident Schleswig-Holstein), Voscherau (Hamburgs Bürgermeister) und Schröder (Oppositionsführer Niedersachsen) gemeinsam erklimmen wollten. Hans Scheibner sorgte u.a. für den kulturellen Teil, der nicht für Jugendliche, sondern für Leute mit Geld (10 DM Eintritt) und für Leute über 35 war. So wird eine wichtige Zielgruppe der SPD (Jugendliche) leider kaum hinterm Fernsender und aus der Disco hervorgelockt und so kam es wohl dann auch, daß außer Jusus, Falken usw. nur wenige Jugendliche da waren.“

Wir waren mit acht VORAN-Unterstützern und auch mit einem Info-Tisch dort vertreten, um als marxistische Tendenz unsere Ideen darzustellen. Bei der Autogrammsunde der „Prominenten“ schließlich gab unser Parteigenosse Engholm ein Autogramm auf unsere VORAN, wollte die Zeitung aber doch nicht kaufen. Dafür kamen unsere Ideen bei vielen jugendlichen Besuchern gut an und wir wurden in Diskussionen oft bestätigt. Das veranlaßte uns dazu, kurzfristig ein Lesertreffen zu organisieren, an dem 12 jugendliche und junge Arbeiter teilnahmen. Als Thema hatten wir die VORAN-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, die eine fruchtbare Diskussion erweckte.

Insgesamt verkaufen wir 433 Exemplare und sammeln für Kampffonds 106 DM. Einige kamen keine Zeitung, aber unterstützter solidarisch mit einer Spende. Also, macht mit bei den Jusus, unterstützt bzw. verkauft VORAN.

Unternehmens-Neugründungen in Sicht!

Nach Absprachen in den Regierungsparteien soll die Bestenrungsparteien erneut „neu gegelt“ werden. Künftig sollen Privatflieger Mineralölsteuer bezahlen, flieger Mineralölsteuer bezahlen, weibliche Flieger von der Steuer befreit sein. Man könnte meinen, freit sein. Man könnte meinen, springliche Steuerbefreiung wären erfolgreich gewesen. Irrtum: Künftig werden die Privatflieger einfach massiven Proteste gegen ursprüngliche Steuerbefreiung werden die Privatflieger einfach erfolgreich gewesen. Irrtum: Künftig werden die Privatflieger einfach massiven Proteste gegen ursprüngliche Steuerbefreiung werden die Privatflieger einfach

... wir hier unten

Kapitalkonzentration

Macht statt Markt

Der „Wettbewerb“ hat für alle Konservative und Liberale die entscheidende volkswirtschaftliche Funktion. Er gilt als Garant für relativ gleichmäßige Machtverteilung und für die optimale Versorgung der Verbraucher. Schaut man sich jedoch den Markt an, wird man feststellen, daß genau das Gegenteil Realität ist: Die Industrie der heutigen kapitalistischen Wirtschaft wird von einer kleinen Anzahl mächtiger Großunternehmen beherrscht.

Besonders deutlich wird dies an Hand einer Studie von 1970, welche die Verteilung des Vermögens in den USA beschreibt: Die Unternehmen der Größenklasse bis 100.000 Dollar machen 59% aller Kapitalgesellschaften aus; ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt jedoch nur 1%. Die Unternehmen der Größenordnung 100.000 bis 500.000 Dollar machen 29% aller Kapitalgesellschaften aus; ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt lediglich 5%. Die Unternehmen der Größenordnung ab 500.000 Dollar machen nur noch 1,94% aller Kapitalgesellschaften aus; ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt jedoch 31%. Die wenigen Unternehmen mit einem Kapital von 250.000.000 Dollar und aufwärts machen lediglich 0,06% aller Kapitalgesellschaften aus; ihr Anteil am wirtschaftlichen Gesamtvermögen beträgt beachtliche 53%.

Bringt man diese Studie auf einen Nenner, kommt man zu folgenden ungläublichen Ergebnissen: 88% aller Unternehmen gehören lediglich 6% des Kapitals und nur 2% besitzen stattdessen 98%. Diese Untersuchung zeigt, daß der auffallend rasche Prozeß der Konzentration der Produktionsmittel eine der charakteristischsten Besonderheiten des Kapitalismus ist.

Einzelhandel

Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, sollte man sich mal den Einzelhandel in der BRD anschauen als Beispiel für den Konzentrationsprozeß in einer Branche. Im Einzelhandel herrscht seit Jahren ein brutaler Verkaufswettbewerb. Seit Beginn der 70er Jahre verringerte sich die Zahl der Selbständigen von 135.000 auf gut 45.000; gleichzeitig schrumpfte ihr Anteil am Branchenumsatz von 60% auf 20%. Tatsächlich teilen sich die zehn größten Handelskonzerne 86% des Marktes. Angesichts dieses Zustandes warnte der Chef des Bundeskartellamtes Wolfgang Karte: „... in wenigen Jahren werden fünf oder

sechs Handelsgeiganten entscheiden, was die Hausfrau am Sonntag in den Kochof tut.“ Die Hauptursache für den Aufstieg der gigantischen Unternehmen sind Massenproduktionsvorteile. Produktionsanlagen, die für die Massenproduktion konzipiert sind, senken die Herstellungskosten erheblich; man kann zudem Spezialmaschinen, bessere Fachkräfte und Fließbänder einsetzen. Die Großunternehmen können somit zu niedrigeren Preisen verkaufen, verdrängen die Kleinunternehmen, die nicht mehr konkurrenzfähig sind und pleite gehen, und gewinnen nach und nach eine Monopolstellung.

Finanzkapital

Die Banken fingen ihre Tätigkeiten damit an, brachliegendes Geldkapital in funktionierendes, das heißt profitbringendes Kapital zu überführen. Einfach gesagt sammeln sie alle verfügbaren Geldmittel der Sparer und stellen sie der Kapitalistenklasse zur Verfügung. Die Sparer erhalten zur Belohnung einen sehr kleinen Betrag (Zins) prozentual zum Sparbetrag. Dieser Zins ist jedoch um ein vielfaches niedriger als der Zins, den die Banken für Unternehmenskredite verlangen. Die guten Geschäfte, die sich mit diesem ungleichen Tausch machen lassen, sind mit ein Grund dafür, daß die Banken schnell wachsen und an Einfluß gewinnen. Das Prinzip, je mehr Kredit vergeben werden kann, desto größer ist der Gewinn, sorgt für komplementäres Wachstum. So ist der Konzentrationsprozeß des Finanzkapitals noch extremer als der des Produktionskapitals (Fabriken, Maschinen etc.). Es gilt: Das letzte Wort in der Entwicklung des Bankwesens ist immer das Monopol.

Karl Marx

Es war Karl Marx, der die Entwicklung des Kapitalismus genau vorausgesehen und begründet hat, warum diese zwangsläufig ist. Er beschrieb insgesamt drei Phasen der „Expropriation“, was Enteignung bedeutet: In der ersten Phase wird das selbstarbeitete Privateigentum verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeit beruht. Mit der umfassenden Herrschaft der kapitalistischen Produktion beginnt eine neue Phase der Enteignung. Jetzt gilt es nicht mehr den Arbeiter zu enteignen, weil der wird schon ausgebeutet, sondern jetzt enteignen sich die Kapitalisten durch die Konzentration

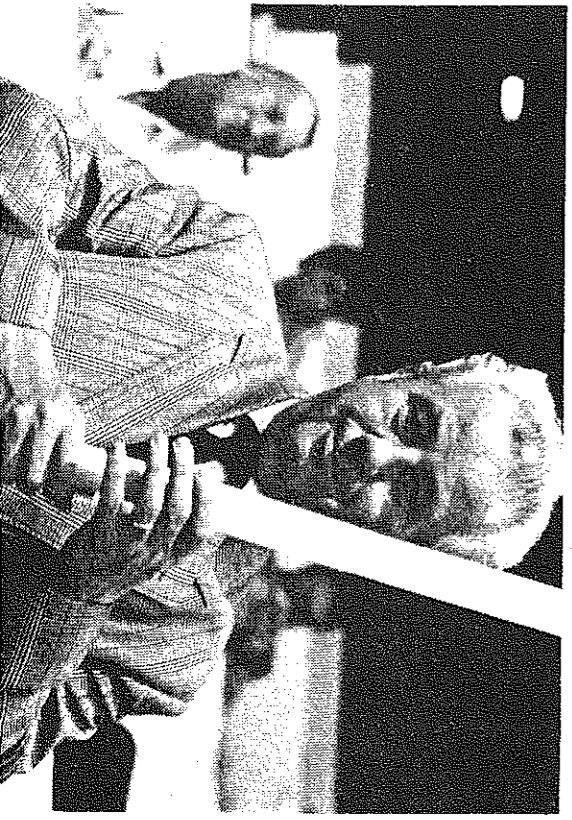
IG-Chemie Gewerkschaftstag

Deutlich kritischere und selbstbewußtere Töne als beim letzten mal vor vier Jahren waren beim jüngsten 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik zu hören. In einer für diese Gewerkschaft schon fast gewaltigen Flut von Wortmeldungen nahmen viele Delegierte diesmal die Chance wahr, ihre Unzufriedenheit an der Politik und Praxis des Gewerkschaftsvorstandes auszudrücken.

So wurde die Praxis der Ausschlußverfahren gegen innergewerkschaftliche Vorstandskritiker ebenso bemängelt, wie die Tatsache, daß alte Kollegen bewußt zum Gewerkschaftstag nicht eingeladen worden waren, weil sie sich in Opposition zum Vorstand befinden. Ein Kollege aus dem Ruhrgebiet sprach davon, daß die IG CPK offenbar eine „auf Linie gebrachte“ Organisation sei, in der „nicht mehr quergedacht werden darf“. Ein Delegierter aus Stuttgart sprach von der Gefahr, daß sich die IG-CPK als „Lobby für die Arbeitgeber“ mißbrauchen läßt.

Mehr Umweltschutz

Außergewöhnlich reger Andrang war bei den Wortmeldungen zum Thema „Umweltschutz“ zu verzeichnen. Dies und die Qualität der Beiträge zeigt, daß die bisher gezeigte Haltung des Vorstands (meistens ein Zusammenwirken mit den Unternehmen gegen die Umweltschützer) bei den Kollegen in den Chemiebetrieben auf immer stärkere Ablehnung stößt. Obwohl die IG CPK als drittgrößte DGB-Gewerkschaft insgesamt immer

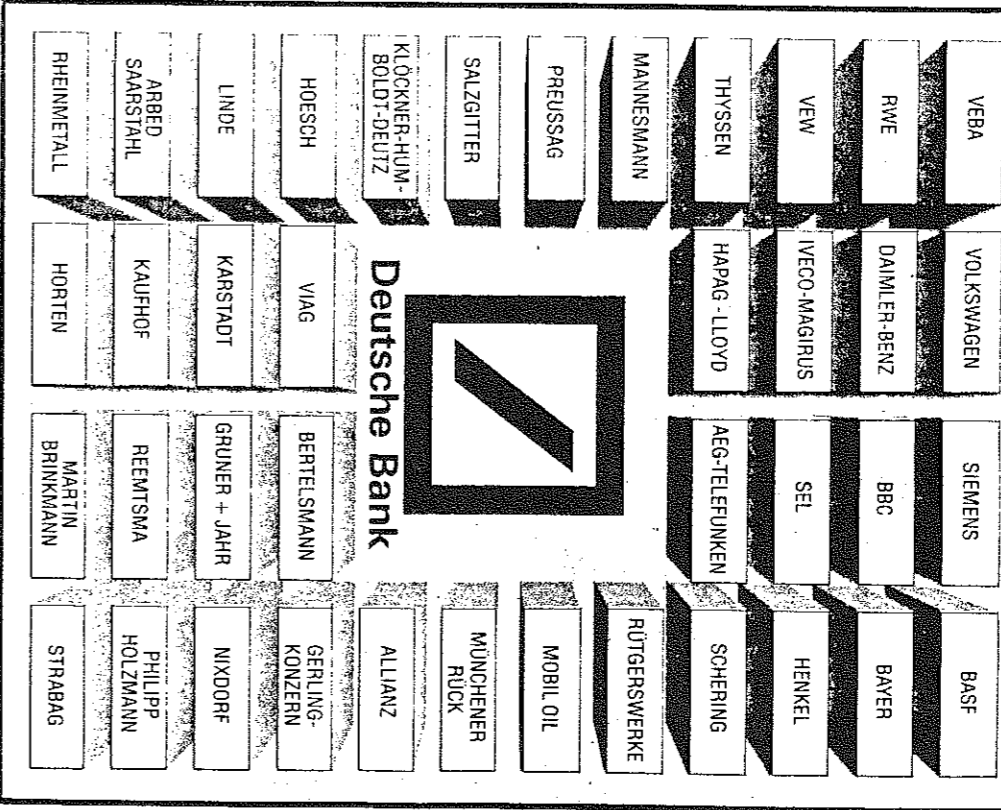


plätze oder Umweltschutz“ offenbar immer weniger. Während der wiedergewählte Vorsitzende Hermann Rappe (gleichzeitig SPD-Bundestagsabgeordneter) seine Bereitschaft zur Fortführung der Sozialpartnerschaft erklärte und der Kongreß die urale Idee von einem „Beschäftigungspakt“ (Neuaufgabe der alten „Konzertierten Aktion“) aufgriff und als Beschluß verabschiedete, kam in der Diskussion auch Kritik an der grundsätzlichen „sozialpartnerschaftlichen Orientierung“ auf.

Für Beschäftigte in vollkontinuierlichem Schichtbetrieb fordert die IG CPK die Einführung einer 5. Schicht und dadurch der 33,6-Stunden-Woche bei einer täglichen

ALLES UNTER KONTROLLE

Auswahl von Unternehmen, in deren Aufsichtsrat Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sitzen



selbst. Diese Expropriation ist des Kapitalismus eigenes Produkt. Sie beruht auf den Gesetzen der kapitalistischen Produktion. In dieser Phase der Bündelung von Kapital wächst gleichzeitig die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde und die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes.

Mit dieser Entwicklung, nämlich daß immer weniger Kapitalisten immer mehr besitzen - und das weltweit, wie wir an den „Multis“ beobachten können -, wächst die Masse des Elends, aber auch die Empörung der selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.

Da das Kapitalmonopol eine Tendenz zur Stagnation und zum Verfall hat, vor allem das trifft, was als Beute schon da ist, markiert es die Phase im Kapitalismus, in der die weitere Entwicklung der Produktivkräfte so ge-

hemmt wird, daß sich die ganze Gesellschaft im Niedergang befindet. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit der kapitalistischen Form. Die von Marx beschriebene dritte Phase ist noch nicht eingetreten, wird aber immer mehr zur aktuellen Aufgabe: Der Kapitalismus ist am Ende, die kapitalistische Herrschaft ist unvereinbar mit dem Niveau der Produktivkräfte. Das alte Prinzip von der Enteignung der Volksmassen durch wenige Kapitalisten wird schlagartig abgelöst durch die Enteignung weniger Kapitalisten durch die Volksmassen, d.h. vorrangig der Arbeiterklasse, mit einem Wort durch die Revolution.

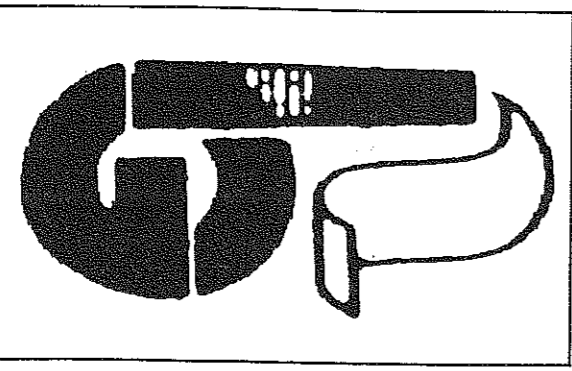
Enteignen wir die Enteigner und schaffen eine neue, gerechtere, sozialistische Welt!

Jörg Zercke, Köln
Mitglied SDJ - die Falken

Anzahl der kritischen Kollegen wächst

Der Gewerkschaftstag war teilweise vom Gewerkschaftsausschuß von zehn Mitgliedern der Vertrauensleitung bei Boehringer-Mannheim überschattet. Die Boehringer-Kollegen hatten in den letzten Jahren eine gute Betriebsarbeit geleistet, so daß der anfänglich sehr geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad stark gesteigert werden konnte und Boehringer-Mannheim heute der bestorganisierte Pharmabetrieb bundesweit ist. Ummittelbar vor dem Gewerkschaftstag hatte der Beschwerdeausschuß der IG CPK den Ausschluß der zehn Kollegen bestätigt. Der Konflikt um die Besetzung von Aufsichtsratsposten im Konzern war nur ein Höhepunkt von jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen kämpferischen Kollegen und einem konservativen, sozialpartnerschaftlichen Apparat und bot dem Vorstand Anlaß und formale Vorwand, um kritische Mitglieder loszu-

Ausschlüsse



(aus Altersgründen) sogar noch mehr als bisher von Kollegen aus dem rechten sozialdemokratischen Spektrum geführt wird, hat nicht zuletzt auch mit der bisher guten Absatz- und Arbeitsplatzsituation der bundesdeutschen Chemie-Industrie zu tun. Doch der nächste Wirtschaftsausschlag und damit verbunden auch Rückgänge im für diese Branche wichtigen Export ebenso wie (zu befürchtende) Umweltkatastrophen und -skandale werden das jetzt schon vorhandene kritische Potential stärken. Schon in nächster Zeit wird sich die Chance bieten, die dringend notwendige Umwandlung dieser wichtigen Gewerkschaft in eine Klassenkämpferische

VORAN Wie weiter? im Kampf gegen Schwarz-Schilling?

Interview mit Rolf Böttner vom DPG-Hauptvorstand

In den letzten Ausgaben berichtete VORAN regelmäßig über den Kampf der Kollegen der Postgewerkschaft (DPG) gegen die Zerschlagungspläne der Bundesregierung. Nachdem die Kollegen in einer Abstimmung klar „Nein“ zu den Plänen und „Ja“ zu Aktionen gesagt haben, kommt es jetzt darauf an, den Kampf auch zu führen.

Was plant die Postgewerkschaft? Welche Vorstellungen hat der DPG-Vorstand? VORAN interviewte Rolf Böttner, beim Hauptvorstand der DPG zuständig für die Jugend. Das Interview führte Ulrich Beter, Jungsozialist aus Kronberg.

Frage: Die DPG hat Anfang Septembers eine Befragung aller Postbeschäftigten zur Privatisierung durchgeführt. Wie ist sie gelaufen und gab es regionale Unterschiede?

Antwort: Die Befragung ist sehr erfolgreich verlaufen. Obwohl sie außerhalb der Diensträume durchgeführt werden mußte, beteiligten sich 83,7% der anwesenden Beschäftigten. 96,6% lehnten den Gesetzeswurf ab. 91,1% sind bereit, sich an weiteren Aktionen der DPG zu beteiligen. Dies ist eine

klare Bestätigung für unseren bereits 2 Jahre andauernden Kampf gegen die Bonner Pläne.

Das Ergebnis der Befragung wird den Minister wohl noch nicht umstimmen, welche weiteren Aktionen sind geplant? Zunächst einmal werden wir alle Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeeinflussung nutzen. Ein Schwerpunkt der DPG wird das Hearing „Zukunft der Bundespost“ am 27./28. Oktober in Bonn sein.

Desweiteren wollen wir die Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen direkt ansprechen und in Diskussionen zu klaren Stellungnahmen zwingen.

Der DPG-Vorsitzende Kurt von Haaren hat sich deutlich gegen Streik ausgesprochen. Welche anderen Maßnahmen könnten den Druck auf die Bundesregierung verstärken?

Es besteht breiter Konsens innerhalb unserer Organisation, daß die Poststrukturveränderung nicht im klassischen Sinne „streikfähig“ ist. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen unterhalb des Arbeitskampfes, die wir ergreifen werden.

Wie die Aktionen aussehen, ist zum Teil noch nicht entschieden, außerdem sind sie nicht so effektiv, wenn wir sie öffentlich bekanntgeben und sich der Minister darauf vorbereiten

Geplanter Arbeitsplatzabbau bei Daimler-Benz in Kassel

Hände weg von unseren Arbeitsplätzen!

Alarmstimmung herrscht im Werk Kassel der Daimler-Benz AG, Kassels größtem Arbeitgeber (Werk Kassel: Zentrale Achsfabrik des Konzerns für Nutzfahrzeuge), 940 von 3964 Arbeitsplätzen in Produktion und Verwaltung sind in den nächsten Jahren in Gefahr.

Als Ergebnis einer in allen Daimler-Benz-Werken vorgenommenen Untersuchung mit dem Namen „Optimierung Gemeinkosten“ (OGK) sollen laut Werkleitung in Kassel und Zentrale 500 Arbeitsplätze bis 1992 abgebaut werden. Der geplante Abbau kam für Betriebsrat und Belegschaft völlig überraschend. Doch damit nicht genug. Betriebsratsvorsitzender Hugo Lotze wies darauf hin, daß durch das Auslaufen von Serfenfertigungen und durch Rationalisierungsmaßnahmen weitere 440 Arbeitsplätze verloren gehen würden.

Die ersten Realisierungsversuche des Arbeitsplatzabbaus sollen 1988 über altersbedingte Austritte und verstärkt über Vorruhestandsregelungen eingeleitet werden. Bei einer derzeitigen Arbeitslosenquote von nahezu 18% in Kassel können diese Vorhaben auf keinen Fall hingenommen werden!

Auch Ausbildungsplätze in Gefahr

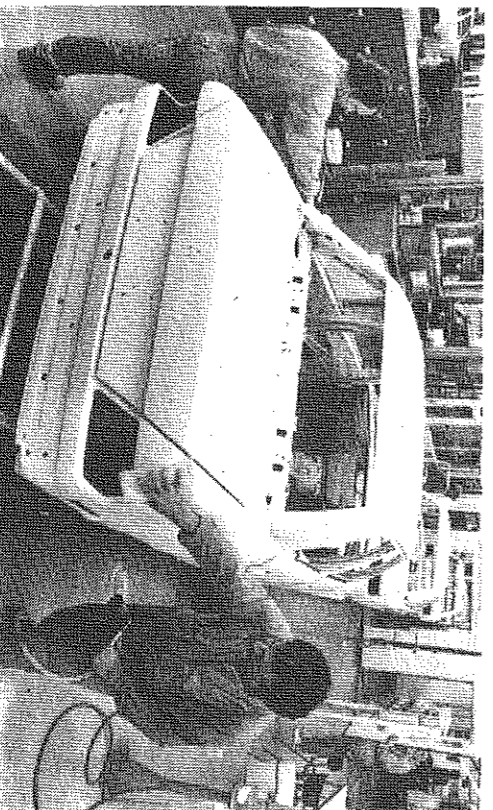
Hugo Lotze: „Kommt kein Beschäftigungsausgleich, dann sind Sie (Werkleitung) und auch der Vorstand für den Verlust von 1000 Arbeitsplätzen und die daraus entstehenden

Familienkatastrophe voll verantwortlich.“ Nicht genug damit, daß 1000 Arbeitsplätze in Gefahr sind - nein, auch vor den Ausbildungsplätzen wird nicht halt gemacht. Die Belegschaft reagierte bei Bekanntgabe der Zahlen mit Buh- und Pfuirufen.

Schon in diesem Jahr standen 15 Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung als im Vorjahr. Und das bei weit

mehr als 10 Bewerbungen pro Ausbildungsplatz! Bis 1991 ist eine Reduzierung von derzeit 189 Ausbildungsplätzen um 40% geplant.

Wie auf jeder der vergangenen Betriebsversammlungen, so ist auch auf der letzten am 15. September, die wegen des geplanten Arbeitsplatzabbaus den gesamten Tag in Anspruch genommen hat, über den Krankenstand gesprochen worden. Der Krankenstand im Werk Kassel ist am höchsten im Vergleich zu allen anderen Daimler-Benz-Werken. Doch dies liegt



Nicht nur in Kassel sind Arbeitsplätze bei Mercedes bedroht. Im Werk Sindelfingen z.B. wurden seit Juli 1987 von 48.000 Stellen 3100 abgebaut, ähnliches in Untertürkheim.



Eine sehr grobe Mehrheit der Kollegen bei der Post unterstützt die Aktionen der DPG gegen die Teilprivatisierung. Sie alle müssen gleichzeitig zu gemeinsamen Aktionen mobilisiert werden, am besten zu einer zentralen Demonstration mit Kollegen anderer Branchen während der DGB-Aktionswoche. Hunderttausende können an einem Tag nach Bonn kommen und der Regierung eins auf den Deckel geben! kann. Deshalb werden wir sie nur kurzfristig ankündigen. In der Diskussion ist z.B. auch eine große Demonstration, eine Art „Marsch auf Bonn“.

Die Postjugend ist von der Privatisierung besonders betroffen, wie sieht das konkret aus?

Die Jugend ist in drei Bereichen betroffen. Das beginnt mit dem Abbau von Ausbildungsplätzen, was bei der heutigen Jugendarbeitslosigkeit ein Skandal ersten Ranges ist.

Es geht weiter bei der Qualität der Ausbildung, weil diese „Kosten verursacht. Außerdem wird die qualifizierte Übernahme nach der Ausbildung noch unwahrscheinlicher.

Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeiterkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Die Arbeit muß zum Menschen gebracht werden, nicht der Mensch zur Arbeit.

Der weltweite Markt in der Nutzfahrzeug-Sparte ist härter geworden. OGK: Einsparungen, preisgünstiger fertigen, um im Wettbewerb, aber auch mit Schwelgerwerken in Billiglohnländern weiterhin konkurrieren zu können.“ Dies ist, was „zählt“. Der Betriebsrat fordert: Arbeit für 1000 Arbeiter nach Kassel. Die „hohen“ Bosse zur Einrichtung neuer Arbeitsplätze zu überreden hat aber keinen Sinn, dafür müssen wir gegen sie kämpfen.

Kassel und diese Region wird in den kommenden Jahren von der Wirtschaftskrise mit am stärksten betroffen sein. Das wird katastrophale Auswirkungen haben, die sich schon jetzt im Werk Kassel der Daimler-Benz AG andeuten. Gerade jetzt gilt es klar zu machen, daß wir diese Krise dem Konkurrenzkampf im Kapitalismus zu verdanken haben.

Es ist deshalb heute notwendiger denn je, daß Gewerkschaften und SPD gemeinsam mit einer klaren sozialistischen Perspektive gegen Arbeitsplatzabbau und die Runterierung ganzer Regionen, d.h. letzten Endes gegen den Kapitalismus kämpfen.

Claudia Braun, Jungsozialistin
Auszubildende Daimler-Benz Kassel

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name
Anschrift
Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430